

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4 St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

Hermann Kube †

Hermann Kube, der langjährige Vorsitzende unseres Verbandsausschusses, ist tot. Am 17. Januar, mittags 12.45 Uhr, hat er seine Augen für immer geschlossen. Er ist an den Folgen eines langjährigen Magenleidens, zu dem in letzter Zeit eine schwere Herzerkrankung trat, gestorben. Obwohl die Trauerbotschaft für alle, die den ernsten Zustand seines Leidens gekannt haben, nicht überraschend kam, sind wir doch erschüttert von der Tatsache, daß unser Freund und Berater nun so rasch von uns geschieden ist. Ein Leben, das in restloser Hingabe dem Aufstieg der Arbeiterklasse gewidmet war, hat seinen Kreislauf vollendet. Wieder ist einer der alten Kämpfer dahingegangen; einer der alten Garde, die während der Zeit ihres Lebens der Arbeiterbewegung gedient haben. Alle, die mit dem schlichten und einfachen Menschen jemals zusammengelassen sind, haben sehr bald seine vortrefflichen menschlichen Eigenschaften achten und schätzen gelernt. In Hermann Kubes Wesen und Art lag nichts Kompliziertes. Er war als ein Sohn des Volkes mit der Arbeiterklasse und ihrem Schicksal innig verwachsen. Diese enge Verwurzelung mit der Arbeiterklasse bewirkte, daß Hermann Kube bei allen Entschlüssen instinktiv das Richtige traf. Er war ein stiller, ruhiger Arbeiter, der seine ganze Kraft in den Dienst der Bewegung stellte. Diener der Arbeiterbewegung zu sein, das war allezeit Leitmotiv seines Wirkens und Strebens. Alles Geräuschvolle lag seinem Wesen fern. Nirgends hat sich unser verstorbener Freund vorgedrängt, immer war er der bescheidene, stille, zurückhaltende, nur der Sache dienende Streit- und Kampfgenosse. Zwar wußte er die Bedeutung der ihm übertragenen ehrenamtlichen und amtlichen Funktionen zu würdigen; allein er blieb trotz alledem der bescheidene Diener der großen Idee der Arbeiterbewegung.

Schon in jungen Jahren hat sich Hermann Kube der Zimmererbewegung angeschlossen. Als junger Zimmergeselle kam er, der am 13. September 1865 in Torgau geboren war, nach Berlin, und hier war er sehr bald ehrenamtlicher Funktionär in dem damals noch jungen Verband. Bereits im Jahre 1898 wurde er angestellter Kassierer unserer Zahlstelle Berlin, nachdem er schon einige Jahre zuvor ehrenamtliches Vorstandsmitglied gewesen war. Schulter an Schulter hat er neben vielen andern mit Fritz Schrader und August Bringmann für die Ausbreitung der Verbandsidee unter unsern Berufsgenossen gewirkt. Der Zentralvorstand hat ihn wiederholt mit der Durchführung von Agitations- und Werbearbeit für unsern Verband betraut. Um die Jahrhundertwende hat unser verstorbener Freund im Auftrage des Vorstandes größere Agitations-



reisen unternommen. Dadurch ist er weit über die Grenzen seines eigentlichen Wirkungsbereiches hinaus bei den Zimmerern Deutschlands bekannt geworden. Es war deshalb auch verständlich, daß er im April 1899 in den Verbandsausschuß gewählt wurde. Vom Jahre 1903 an bis zu seinem Tode war Hermann Kube Vorsitzender desselben. Seit Ende der 90er Jahre hat Hermann Kube an allen Verbandstagen und später als Vorsitzender des Verbandsausschusses an allen Konferenzen und Tagungen der Verbandsinstanzen teilgenommen. Sein Rat und sein Urteil haben viele Beschlüsse der Zentralinstanzen und der Verbandstage beeinflusst. Das hat sich, wie die Entwicklung bewiesen hat, niemals zum Schaden unserer Bewegung ausgewirkt.

Neben den Funktionen, die Hermann Kube in unserm Verband jahrzehntelang bekleidet hat, genoß er in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung größte Achtung. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß 1902 wurde er als Kassierer in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Am 1. Januar 1903, nach der Uebersiedlung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin, hat er sein neues Amt angetreten. Dieses für die Gewerkschaftsbewegung wichtige Amt bekleidete unser verstorbener Freund bis zu seinem Tode. Seit dem Jahre 1920 gehörte er dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat an. Darüber hinaus ist Hermann Kube als Mitglied des Aufsichtsrates der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungs-AG. „Volksfürsorge“, der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte AG, und des Verbandes sozialer Baubetriebe tätig gewesen. Jahrelang gehörte er dem Zentralausschuß der Deutschen Reichsbank als Mitglied an. Wo immer Hermann Kube tätig war, hat er sich durch seinen Rat und seine Sachlichkeit größte Anerkennung und Achtung zu verschaffen gewußt.

Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß Anfang September vorigen Jahres war Hermann Kube, der inzwischen das 65. Lebensjahr überschritten hatte, von seinem Amt als Kassierer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zurückgetreten. Bis zur Neubesetzung sollte er es noch verwalten, um dann in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Es ist anders gekommen. Noch bevor er seinem Nachfolger die Geschäfte übergeben konnte, hat ihn der Tod ereilt.

Wir verlieren in diesem aufrichtigen Menschen einen guten Freund und Kameraden. Die Zimmerer Deutschlands senken an seinem Grabe die Fahne. Wir werden das Andenken von Hermann Kube dadurch ehren, daß wir, allen Schwierigkeiten trotzend, den Weg weiterschreiten, den unser verstorbener Freund in jahrzehntelanger gemeinsamer Arbeit mit hat bereiten helfen.

Wir schlagen den Feind!

Die braungelben Hakenkreuzschutztruppen des Kapitals haben neben dem katastrophalen außen- und innenpolitischen Unheil, das sie angerichtet haben, doch auch etwas Wertvolles geschaffen: Sie haben einen in der Arbeiterbewegung bisher noch nie gekannten Kampfes- und Abwehrwillen erzeugt. Durch ganz Deutschland braust ein Anti-Nazi-Sturm! Mit Energie und Leidenschaft rückt die deutsche Arbeiterklasse dem Naziotentum zu Leibe. Es gibt nur eine Losung: Der faschistische Spuk muß

so schnell wie möglich beseitigt werden. Von den Großstädten geht jene große Abwehrbewegung gegen den blutrünstigen deutschen Faschismus aus. Von Tag zu Tag wächst die Abwehrkraft der deutschen Arbeiterklasse. In den Landgebieten, selbst in den entferntesten Winkeln zeigt sich, soweit die Arbeiterklasse in Frage kommt, ein einheitlicher Abwehrwille gegenüber dem faschistischen Geschmeiß und seine Terrorakte. Die Eisernen Front ist zusammengeschweißt; sie marschiert! Gewerk-

schafter, das Reichsbanner, die Arbeitersportler und die Kämpfer in der Sozialdemokratie bilden eine festgefügte Abwehr- und Angriffs-Armee; sie wird den Klassenfeind des Proletariats niederringen.

Lange genug haben wir das Treiben der braungelben Spießgesellen mit angesehen. Nun ist das Maß voll. Dieser Tage fanden bereits in allen Großstädten Deutschlands Riesensammlungen der „Eisernen Front“ statt. Der republikanische Wind wird zum Sturm und Orkan werden, er wird

den Hitlerzauber hinwegfegen. In der gewaltigen Hamburger Kundgebung der Eisernen Front, die gleichzeitig in fünf der größten Säle stattfand und an der 30 000 Arbeiter teilnahmen, konnten die Führer der „Eisernen Front“ die Mitteilung machen, daß die Abwehr- und Schutzformationen des Reichsbanners einen riesenhaften Zustrom aufweisen. Unter dem größten Beifall der Versammlungsteilnehmer konnte Genosse Höltermann, der Vorsitzende des Reichsbanners, bekanntgeben, daß in den nächsten Tagen weitere 100 000 Arbeitersportler den Schutzformationen des

Reichsbanners eingereicht werden. Wenn diese Zahl von rund 500 000 aktiven Kämpfern für unsere Sache nicht ausreicht, werden weitere 100 000 Sportler die Kampffront gegen den Faschismus stärken. Wörtlich fuhr der Redner fort: „Daneben werden in nächster Zeit gewerkschaftliche Formationen aufgestellt. Eisenbahner, Heizer und Maschinisten, Holzarbeiter, Buchdrucker, Metallarbeiter, Verkehrs-, Gas- und Elektrizitätsarbeiter gründen besondere Abteilungen, so daß in Kürze 1 Million Gewerkschafter in den neuen Formationen erfaßt werden.“ Auch die Bauarbeiter werden in dieser Kampffront nicht fehlen. Wenn die Versammlungsredner in Hamburg mitteilen konnten, daß der Eisenbahnerverband rund 1000 Versammlungen eingeleitet hat, um gegen den Faschismus Stellung zu nehmen und um die erforderlichen Maßnahmen zu beraten, so können wir für unsern Verband etwas Ähnliches bekanntgeben. Wir haben für die nächsten Wochen und Monate rund 2000 Mitgliederversammlungen angesetzt, annähernd 200 Redner werden in allen Teilen des Verbandsgebietes zu den Mitgliedern sprechen, um vornehmlich auf die faschistische Gefahr, die der Arbeiterklasse in Deutschland droht, hinzuweisen und entsprechende Abwehrmaßnahmen zu beschließen. Darüber hinaus werden wir in Wort und Schrift die Mitglieder im Lande aufklären und sie auf die Notwendigkeit größerer Aktivität in Partei und Gewerkschaften hinweisen. Wir werden, um es deutlich auszusprechen, den alten Kampfgeist der Zimmerer Deutschlands wachrufen, um gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft den Faschismus niederzuringen.

Eine Millionen-Armee stampfen wir aus dem Boden, eine Armee, die von einer kraftvollen Idee vorwärtsgetrieben, den Todfeinden der Republik siegreich aufs Haupt schlagen wird. Wir wollen dieses Gelichter in Deutschland unmöglich machen. Darüber muß sich das braungelbe Hakenkreuzgesindel und die hinter ihm stehenden Kreise der sozialen Reaktion im klaren sein: Wir werden die Republik nicht mit Bohnenstangen und Spazierstöcken verteidigen. Auch nicht mit Sensen, Dreschflegeln und Hellebarden, wie das die Scharen des „Buntschuh“ und des „Armen Konrad“ im deutschen Bauernkrieg gegenüber ihren Peinigern getan haben. Wer unser Leben bedroht, wer die Axt an die Wurzel der demokratischen Republik legen will, wer mit den Mitteln nihilistischer Verschwörer gegen die Arbeiterklasse vorgeht und alle ihre Errungenschaften beseitigen will, der kann nicht verlangen, daß er mit Glacéhandschuhen angefaßt wird. Der Klassenfeind hat uns bis jetzt die Gesetze des Handelns aufgezwungen; nun werden wir den Spieß umdrehen müssen.

Als Bejager und Verfechter der politischen Demokratie sind wir gleichzeitig Anhänger der geistigen Auseinandersetzung mit unsern politischen Gegnern. Mit den Todfeinden der Arbeiterklasse und der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, mit den Henkersknechten der Freiheit, den Schindern der Menschenwürde, kann man nicht immer mit geistigen Waffen kämpfen. Hier müssen die Arme hochgekrempt werden!

Die Arbeiterklasse hat nicht nur ihre geschichtliche Mission in Staat und Wirtschaft erkannt, sie weiß auch, daß

wir nunmehr an einem entscheidenden Abschnitt in der deutschen Geschichte angelangt sind. Jetzt gilt es zu kämpfen für Freiheit, Recht und Menschenwürde! Auf unsern Schultern liegt die Verantwortung für das Wohl und Wehe der gegenwärtigen und der künftigen Generation. Niemals werden wir zulassen, daß Deutschland in einen großen Kasernenhof umgewandelt wird, wo milzuchtige Korporäle die Arbeiterklasse nach Belieben schuriegeln können. Wir wollen, daß die politische Organisation der Gesellschaft, der Staat, in seiner Form allmählich umgewandelt wird zum Staate der Freiheit, Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen, daß in organischer Entwicklung der Sozialismus verwirklicht werde. An unserm entschlossenen Willen

Wöchentlich muss der Zimmerer kolportiert werden!

Unser Verbandsorgan, „Der Zimmerer“, hat, wie alle Zeitschriften der freien Gewerkschaften, überaus wichtige Funktionen zu erfüllen. Das Verbandsorgan soll die geistige Verbindung zwischen der Verbandsleitung und den Mitgliedern herstellen. Es ist selbstverständlich, daß die Verbandszeitung auch Publikationsorgan der Verbandskörperschaften und darüber hinaus Sprachrohr der organisierten Kameraden sein muß. Weiter ist die Verbandszeitung Informationsorgan, das die Aufgabe hat, die Verbandspolitik zu vertreten und für die Verbandsidee zu werben. Ferner ist es eine der wichtigsten Aufgaben jeder Verbandszeitschrift, gewerkschaftliche Aufklärungs-, Erziehungs- und Bildungsarbeit zu leisten.

Dieser großen Aufgabe ist „Der Zimmerer“ in seiner 44jährigen Geschichte immer gerecht geworden. Es ist selbstverständlich, daß „Der Zimmerer“ diese Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt werden: Zunächst müssen die Verbandsmitglieder an seinem Inhalt interessiert sein, und zum zweiten muß das Verbandsorgan pünktlich und regelmäßig den Verbandskameraden zugestellt werden.

Nun ist es Aufgabe der Redaktion, die Mitglieder an dem Inhalt der Verbandszeitschrift zu interessieren. Aus diesem Grunde soll diese Frage hier nicht erörtert werden. Die Redaktion gibt sich die erdenklichste Mühe, um den Inhalt der Verbandszeitschrift so aktuell wie möglich zu gestalten. Die letzten Nachrichten werden noch kurz vor Redaktionsschluß verarbeitet. Oftmals verursachen diese Umstellungen kurz vor Redaktionsschluß umfangreiche technische Arbeiten in der Druckerei. Das alles geschieht jedoch, um die Verbandszeitung möglichst aktuell und damit lesenswert zu gestalten.

Unser Verbandsorgan wird jeweils am Dienstagvormittag abgeschlossen. Dienstag nachmittag gegen 1 Uhr wird mit dem Druck begonnen und zwischen 3 und 4 Uhr werden die ersten Pakete bei der Post aufgeliefert. Noch am gleichen Abend gehen die Sendungen in die weit abgelegenen Zahlstellen, wo sie dann am Mittwoch oder Donnerstag eintreffen. Alle Möglichkeiten, die postalisch gegeben sind, werden ausgenutzt, um eine möglichst schnelle Beförderung der Verbandszeitschrift zu erreichen. Wo Beschwerden in der Zustellung zu unserer Kenntnis gelangt sind, haben wir alles veranlaßt, daß die Verbandskolporture in den Zahlstellen den „Zimmerer“ so rechtzeitig erhalten, daß das Verbandsorgan jeweils schon am Freitag oder spätestens Sonnabend vormittag in jeder Woche im Besitz der Kolporture ist. Dann soll die Arbeit der Kolporture einsetzen. Alle unsere Bemühungen, den „Zimmerer“ aktuell zu gestalten, scheitern schließlich daran, wenn die Zeitung nicht wöchentlich kolportiert wird. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß

sollen alle Pläne der sozialen Reaktion scheitern. Mit diesem Gelöbnis wollen wir den Kampf mit den Mächten der Finsternis und des Rückschritts leidenschaftlich und energievoll fortsetzen. Wir vertrauen auf die Stärke der Arbeiterklasse, auf ihre Disziplin und ihre Kampfschlossenheit. Bringen wir allerorts den nötigen Willen und die Energie auf, dann wird es leicht sein, mit diesem braungelben Gegner fertig zu werden. Aus wirtschaftlicher Not und aus dem Elend, in das uns der Kapitalismus und seine braungelben Schutztruppen geführt haben, kommen wir nur heraus, wenn wir diese Kreise niederzwingen. Im Bewußtsein unserer Kraft und unserer Stärke können wir heute schon sagen:

Wir schlagen den Feind!

sich unsere Verbandsmitglieder über unpünktliche Zustellung des Verbandsorgans beschwerten. Immer wieder müßen wir die Beschwerdeführer darauf hinweisen, daß sowohl die Redaktion als auch die Expedition alles versucht, um den „Zimmerer“ auf dem schnellsten Wege zum Versand zu bringen. Wenn „Der Zimmerer“ verspätet in die Hände der Mitglieder gelangt, so liegt das einzig und allein an dem örtlichen Verteilungsapparat. Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß in sehr vielen Zahlstellen gerade auf dem Gebiete der Verteilung der Verbandszeitungen sehr schlimme Sünden begangen werden. So konnten wir feststellen, daß „Der Zimmerer“ in vielen Zahlstellen schon jahrelang den Mitgliedern nur alle 14 Tage zugestellt wird. In einer Reihe von Zahlstellen ist es Sitte geworden, das Verbandsorgan nur in den Mitgliederversammlungen zu verteilen. Da die Mitgliederversammlungen in der Regel alle 4 Wochen stattfinden und bestimmt nicht von allen Kameraden besucht werden, so bedeutet diese liederliche Form der Kolportage eine starke Lockerung unserer geistigen Verbindung, die sich in allen Fällen zum Schaden unserer Organisation auswirken muß. Zahlstellenvorstände, die derartige Mißstände dulden, machen sich schwerer Verstöße gegen den Gewerkschaftsgeist schuldig.

Man kann verstehen, daß sich kein Mitglied von dem Inhalt der Verbandszeitung angezogen fühlt, die Ende Januar verteilt wird und das Datum vom 2. Januar trägt; wenn also mit andern Worten die Weihnachts- oder Neujahrsnummer Ende Januar oder Anfang Februar verteilt wird. Der Inhalt der Verbandszeitung wird in diesen Fällen

sehr wenig interessieren. In der Regel wird dann die Verbandszeitung nur noch Makulaturwert haben. Wir könnten diese Beispiele fortsetzen, begnügen uns aber mit dem Hinweis, daß die Zeitung nur dann lesenswert ist, wenn die Kameraden umgehend mit seinem Inhalt vertraut gemacht werden. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß die Kolportage unseres Verbandsorgans wöchentlich erfolgt.

Man wird einwenden, daß gerade in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit die Beitragskassierung nicht wöchentlich zu erfolgen brauche, und daß demgemäß auch keine Möglichkeit bestehe, die Verbandskameraden mit dem Verbandsorgan zu beliefern. Diese Argumentation ist falsch. Im Gegenteil, alles muß versucht werden, um unsere Kameraden pünktlich mit dem gewerkschaftlichen Aufklärungsmaterial zu versorgen. Möglichkeiten hierzu bieten sich in allen Fällen. Auch hier gilt der Grundsatz: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Unsere jüngeren Kameraden werden sich in der Regel gern zur Verfügung stellen, wenn es gilt, den „Zimmerer“ zu verbreiten. Wir leben in einer politisch und wirtschaftlich sturmbewegten Zeit, die von uns größte Aktivität verlangt, die es mit sich bringt, daß wir unsern Aufklärungsfeldzug und unsere Abwehrorganisation bis zum letzten ausbauen. Wir wissen, daß die Verbandszeitung eine wichtige Waffe gegen die soziale Reaktion ist. Diese scharfe Waffe muß den Verbandsmitgliedern pünktlich und regelmäßig zugestellt werden.

Aber damit allein dürfen wir uns noch nicht begnügen. „Der Zimmerer“ muß seinen Leserkreis verbreitern. Das ist ohne große Unkosten möglich, wenn die notwendigen Einrichtungen hierzu geschaffen werden. Vor allen Dingen müssen die Familienmitglieder der Verbandskameraden für den Inhalt unserer Verbandszeitung interessiert werden. Auch die Frauen müssen den „Zimmerer“ zur Hand nehmen, und wenn es nur der Unterhaltungsteil ist, der von ihnen gelesen wird. Darüber hinaus kann der Inhalt des Verbandsorgans weiten Kreisen der Öffentlichkeit dadurch zugänglich gemacht werden, daß in allen Zahlstellen und Zahlstellenbezirken versucht wird, die Verbandszeitung in den Verkehrslökalen der Arbeiter auszuliegen. Das darf natürlich nicht in der Form geschehen, daß man die Verbandszeitschriften an den Gastwirt abliefern und es diesem überläßt, das Verbandsorgan irgendetwas zu verwenden. Der „Zimmerer“ soll — und die Mittel, die hierfür aufgewendet werden, tragen hundertfältigen Zins — in einen Zeitungshalter eingehettet und in den Gastwirtschaften und Verkehrslökalen innerhalb des Zahlstellenbezirks ausgehängt werden. Wenn wir diese Hinweise berücksichtigen, dann wird die Verbandszeitung ihre Aufgabe erfüllen können.

Die Gewerkschaften zur Reparationsfrage

Der Streit um die Reparationen ist wieder akut geworden. Durch das Hoover-Jahr war insofern ein Waffenstillstand eingetreten, als Deutschland für ein Jahr nur die ungeschützten Zahlungen in Reichsmark zu leisten hat (die es zudem in Anleiheform zurückbehalten darf), während der „Transfer“, also die Ueberweisung in ausländischen Zahlungsmitteln, infolge seiner Armut an Gold und Devisen völlig ruht. Nun wird zwar allgemein anerkannt, daß Deutschland zur Zeit zahlungsunfähig ist. Aber man wirft ihm vielfach vor, daß es an dieser Zahlungsunfähigkeit selbst schuld sei, weil es in übermäßigem Umfange Auslandsanleihen aufgenommen habe und mit diesen Anleihen verschwenderisch umgegangen sei.

Warum brauchte Deutschland Auslandsanleihen?

Auf Grund des Vertrages von Versailles mußte Deutschland eine Reihe von Bar- und Sachleistungen auf sich nehmen:

Barzahlungen, Uebernahme von Besatzungskosten, Abtretung von Staats- und Privateigentum im Inlande und im Auslande usw. Dann kamen die Reparationszahlungen in Form von Bar- und Sachleistungen auf Grund des Dawes-Planes und später des Young-Planes. Während die Höhe der Reparationszahlungen, die durch die beiden Pläne festgelegt war, kaum umstritten worden ist, gingen die Schätzungen über die früheren Leistungen aus dem Vertrag von Versailles weit auseinander. Die Reparationskommission bewertete die deutschen Leistungen bis Ende 1922 mit 7,9 Milliarden Goldmark, der bekannte englische Nationalökonom Prof. Keynes mit 20 bis 25 Milliarden, die Amerikaner Moulton und Mc Guire mit 25,8 Milliarden, der jüngst verstorbene deutsche Nationalökonom Prof. Brentano mit 41,5 Milliarden. Die Schätzungen weichen also erheblich voneinander ab. Von Ende 1922 bis zum Dawes-Plan betragen die deut-

schen Reparationszahlungen nach Berechnung der Reparationskommission 2,5 Milliarden, vom Dawes-Plan (1924) bis zum Hoover-Feierjahr (1931) 14,6 Milliarden Reichsmark. Das ergibt zusammen seit dem Vertrag von Versailles die Summe von 25 Milliarden oder nach der höheren Schätzung von rund 58 Milliarden.

Die Bedeutung dieses Kapitalverlustes für die deutsche Wirtschaft ist nicht nur aus der Höhe der Leistungen zu er-messen. Deutschland hatte durch den Vertrag von Versailles wertvolle Gebiete verloren; die neuen Grenzen zerrissen vielfach alte Handelsbeziehungen und zusammenhängende Produktionseinheiten; diese Schäden mußten ausgeglichen werden. Deutschland war durch eine vier-jährige Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößt; die fehlenden Vor-räte mußten beschafft werden, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Deutschland hatte Schiffe, Eisenbahnmateriale, Vieh, Maschinen usw. abgeben müssen; es war gezwungen, für Ersatz zu sorgen. Seine Produktionsmittel mußten erneuert werden. Da während des Krieges keine Wohnungen gebaut worden waren, herrschte Wohnungsmangel; er mußte behoben werden. Um diese dringlichen Aufgaben zu erfüllen und sein Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, brauchte Deutschland in der gleichen Zeit, in der ihm gewaltige Kapitalsummen entzogen wurden, nam-hafte Beträge. Der heimische Kapitalmarkt aber war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbrin-gen. Somit war Deutschland gezwun-gen, die Kapitalmärkte des Auslandes zu beanspruchen.

Wem haben die Auslandsanleihen genützt?

Wir haben gesehen, daß Deutschland die abgelieferten 25 bis 58 Milliarden wenigstens notdürftig in seiner Wirt-schaft ersetzen mußte. Trotzdem betragen die Auslandsschulden, die ihm jetzt vor-geworfen werden, nicht einmal 25 Milli-arden Reichsmark, einschließlich der Rembourskredite usw., die nur der lau-fenden Warenfinanzierung dienen und daher eigentlich von dieser Summe abge-zogen werden müßten.

Fragen wir nun zunächst sachverständige Beurteiler, auf welchem Wege Re-parationen ohne Schädigung der Wirt-schaft geleistet werden können? Das Dawes-Komitee, dem bemerkenswerter-weise kein einziger Deutscher angehörte, äußert sich dazu wörtlich:

„Die Reparationsleistungen selbst wer-den durch einen Exportüberschuß finanziert und können nur so fi-nanziert werden . . . In ihrer finan-ziellen Auswirkung unterscheiden sich die Sachlieferungen tatsächlich nicht von Barzahlungen . . . Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschlei-ern oder ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinausschieben, vermögen sie aber nicht zu ändern.“

Auf welche Weise hat nun Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt? Durch Ueberschüsse seines Außenhandels oder durch Auslandsanleihen? Diese Frage beantwortet eindeutig die Zah-lungsbilanz. Für die Jahre bis 1924 ist eine Aufstellung wegen der Inflation freilich nicht möglich. So bleiben nur die letzten sieben Jahre, die sich ungefähr mit der Geltungsdauer von Dawes- und Young-Plan decken. Der Uebersichtlich-keit halber rechne ich die Aktiv- und Passivposten, die sich aufheben, gegen-einander auf und komme somit zu folgen-der vereinfachter, aber für unsere Zwecke genügenden Darstellung:

Zufluß und Verwendung von Devisen in Deutschland 1924 bis 1930
(in Milliarden Reichsmark)

Herkunft	Betrag
Langfristige Auslandsanleihen	8,2
Kurzfristige Auslandsanleihen	8,9
Ueberschuß deutscher Effektenver-käufe über deutsche Käufe vom Ausland	1,1
Verwendung	Betrag
Passivsaldo der Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz	3,1
Zinsen für Auslandsschulden	2,7
Gold- und Devisenzugang bei den Notenbanken	2,1
Reparationen (Barzahlungen)	10,3

Ein Blick auf den unteren Teil der Ta-belle zeigt uns, daß Deutschlands Außen-handel keinen Devisenüberschuß ge-bracht hat, sondern im Gegenteil einen Fehlbetrag von 3,1 Milliarden. Wo-mit sind also die 10,3 Milliarden an baren Reparationsleistungen (ohne die Sach-lieferungen!) bezahlt worden? Ein Blick auf den oberen Teil der Tabelle belehrt uns: nur durch die Auslandsanlei-hen. Man soll also Deutschland nicht hinterdrein den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandskredite gefährdete.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine Folgerung, die bei den kom-menden Reparationsverhandlungen in Lausanne beachtet werden muß. Man sagt, daß die privaten Auslandsschulden kein Vorrecht vor den Reparationen haben dürfen. Aber der Vorgang hat sich doch so abgespielt, daß die anfallenden Devisen der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugeflossen sind. Diese haben also die Priorität ge-nossen.

Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt.

Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens ver-wüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Bereit-stellung deutschen Materials und deut-scher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abge-lehnt worden. Ich will mich zu dieser Ablehnung nicht äußern. Hier genügt die Feststellung, daß in jenen Gebieten erfreulicherweise die Spuren des Krieges verwischt sind. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind un-seres Erachtens durch die von Deutsch-land abgelieferten Milliardenwerte be-reits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Ge-nüge geschehen.

Die Reparationskommission hat Deutsch-lands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat vier-mal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfange nach-gekommen ist. Die Bank für Internatio-nalen Zahlungsausgleich, der letzte Nach-folger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zur Zeit ist es von seinen Verpflichtun-gen entbunden, nicht auf eigenen An-trag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Hat es die Reparationszahlun-gen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Re-parationen gekommen.

Deutschland hat sich, wie wir gesehen haben, die Devisen zur Zahlung der Re-parationen nicht auf dem Wege beschaffen können, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: näm-lich durch die Ueberschüsse seiner Han-delsbilanz. Es wird nachdrücklich dar-auf hinweisen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Wege der Aus-landsanleihen.

Deutschland muß aber auch darauf hin-weisen, daß die Voraussetzungen des Young-Planes nicht er-füllt sind. Der Young-Plan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirt-schaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist kläglich zu-sammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in abseh-barer Zeit nicht erfüllen. Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden.

Th. Leipart.

Um die Arbeitszeit

Die Reichsregierung hat sich stets ge-wehrt, der Forderung der Gewerkschaften auf gesetzliche Einführung der Vierzig-stundenwoche nachzukommen. In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat sie dann getan, als wolle sie mindestens in etwas der gewerkschaftlichen Forderung entgegenkommen. Diese Notverordnung der Reichsregierung das Recht — allerdings unter vielen Einschränkungen und Kautelen —, für einzelne Berufe die Regelarbeitszeit auf 40 Stunden wöchent-lich herabzusetzen. Daß diese Bestim-mung den Gewerkschaften bei weitem nicht genügen konnte, haben wir wieder-holt dargelegt. Seit dem Erlaß der Not-verordnung sind fast acht Monate ins Land gegangen, ohne daß die Reichs-regierung den allermindesten Gebrauch von der ihr erteilten Vollmacht gemacht hätte. Zunächst erklärte sie, sie wolle bestrebt sein, für einzelne Berufsgruppen, für die auch sie eine Herabsetzung der Regelarbeitszeit für durchaus diskutabel hielt, eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und Arbeit-nehmern dieser Berufsgruppen herbei-zuführen. Was wir vorausgesagt hatten, traf ein. Die Arbeitgeber dachten gar nicht daran, auf freiwillige Vereinbarun-gen einzugehen, sondern waren höch-stens bereit, eine Herabsetzung der ge-setzlichen Höchstarbeitszeit im Wege der Verordnung in Kauf zu nehmen. Nach dem Scheitern des Versuchs der freiwilli-gen Vereinbarungen erklärte der Reichs-arbeitsminister wiederholt, daß nunmehr Ernst gemacht werden würde, für ein-zelne Berufe die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit durchzuführen. Für eine Reihe von Berufsgruppen wurden auch Verordnungsentwürfe im Arbeitsministe-rium ausgearbeitet. Ueber diese Ent-würfe ist erneut mit den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber verhan-delt worden. Die Arbeitgeber wandten sich natürlich gegen die Entwürfe. Seit-dem blieb alles beim alten.

Ganz unverkennbar hat das Reichs-arbeitsministerium nie die ernste Absicht gehabt, im Wege der Gesetzgebung, sei es auch nur für einzelne Berufsgruppen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durch-zuführen. Dies beweist auch die neuer-liche Stellungnahme des Reichsarbeits-ministers zu dieser Frage. In einem Schreiben an die Vereinigung der Deut-schen Arbeitgeberverbände legt Herr Stegerwald dar, daß er vom Gesichts-punkt der Bekämpfung der Arbeitslosi-keit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit „nach wie vor für dringend erwünscht“ halte, „dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich tragbar“ ist. Soweit gut! Er fügt aber merkwürdigerweise hinzu, daß er „im Hinblick auf die arbeitsrecht-lichen Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Ermittlungen über ein zwangsweise Arbeitszeitverkür-zung zunächst zurückstellen“ wolle. „Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenom-men werden, wird von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsicht-lich der Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen.“

Also mit klaren Worten: die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit soll zunächst, das heißt auf unabsehbare Zeit, ver-schoben werden. In einem Augenblick, wo das Heer der Arbeitslosen die Sechs-millionengrenze überschritten hat, wo Arbeitslose kaum noch irgendwo einge-stellt werden, weil man jede kleine Stei-gerung des Auftragsbestandes durch Er-höhung der Arbeitsstunden der Beleg-schaft, die vielfach in Kurzarbeit steht, auffängt, soll immer noch nicht an der durch die Entwicklung überholten Regel-arbeitszeit gerüttelt werden. Wir wissen wohl, daß die generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der starken Kurzarbeit, nicht mehr die arbeitsmarkt-

politischen Auswirkungen haben kann als zu der Zeit, zu der die Gewerkschaften die Forderung nach der Einführung der Vierzigstundenwoche aufstellten. Aber immer noch kann von dieser Maßnahme eine wirkungsvolle Auflockerung des Ar-beitslosenheeres ausgehen. Noch immer kann gerade Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lebensmut zu geben. Es ist unverständlich, daß sich das Ar-beitsministerium respektive die Reichs-regierung immer noch gegen einen Schritt sträuben, der infolge der struk-turellen Wandlungen unseres Arbeits-apparates eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosi-keit ist.

Der Vorstand des Allgemeinen Deut-schen Gewerkschaftsbundes hat daher Ver-wahrung gegen die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums eingelegt und folgenden Brief an den Herrn Reichs-arbeitsminister gerichtet:

„Mit starkem Befremden hat der Vor-stand des Allgemeinen Deutschen Ge-werkschaftsbundes Kenntnis genommen von der im Schreiben des Herrn Reichs-arbeitsministers an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ausge-sprochenen Absicht, von der der Reichs-regierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Vollmacht, die ge-setzliche Höchstarbeitszeit für einzelne Berufsgruppen herabzusetzen, zunächst keinen Gebrauch zu machen.

Wir können die Begründung dieser Stellungnahme nicht anerkennen. Die Gestaltung des Arbeitsmarktes, das immer weitere Steigen der Arbeitslosi-keit und die Gewißheit, daß noch für im Augenblick unabsehbar lange Zeit mit einer Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muß, macht im Gegenteil die be-schleunigte systematische Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit zu einer zwingenden Notwendigkeit.

Die Tatsache, daß neben den starken konjunkturellen Störungen der Wirtschaft die stürmische technische und betriebs-wirtschaftliche Rationalisierung in allen Berufen eine der Ursachen der Massen-arbeitslosigkeit ist, ist unbestritten. Da-mit wird die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr zu einer der wesentlichen Voraussetzungen einer syste-matischen Bekämpfung der aus der Ver-schiebung der strukturellen Grundlagen unserer Wirtschaftsführung sich ergebenden Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deut-schen Gewerkschaftsbundes fordert daher, daß die Reichsregierung von der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen und ohnehin ungenügend weitgehenden Vollmacht ungesäumt in weitestem Umfange Gebrauch macht und sofort, soweit die Verordnung solches irgendwie zuläßt, die gesetzliche Höchst-arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabsetzt.“

Wir müssen kämpfen!

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Zustände zwingt die Ar-beiterschaft gegenwärtig zu erhöhter Auf-merksamkeit und Kampfbereitschaft; denn Kräfte sind am Werke, die den Kampfboden der Arbeiterschaft, die de-mokratische Republik, zu unterminieren drohen.

Infolge der Wirtschaftskrise sind Milli-onen Menschen aus dem Erwerbsleben gedrängt. Das deutsche Unternehmertum, unterstützt von der Regierung, führt in dieser Zeit den heftigsten Kampf um den Lohnabbau. Noch nie gab es für das Unternehmertum eine günstigere Zeit, gegen die Errungenschaften der Gewerkschaften zu kämpfen. Lohnabbau und Beseitigung der „überspannten“ Sozial-politik sollen nach Ansicht des Unter-nehmertums zur Gesundung der Wirt-schaft führen. Ein Irrglaube!

Eine Waffe im Kampf gegen die soziale Reaktion ist „Der Zimmerer“. In allen Verkehrs-lokalen muß das Verbandsorgan ausgelegt werden.

Alle bisherigen Erfahrungen haben das Gegenteil gezeigt. Trotzdem wurden von der Regierung neue Lohnsenkungen verordnet. Als Ausgleich sollen Preissenkungen dienen, die sich leider als völlig ungenügend erweisen.

Die Regierungsmaßnahmen sollen der Lage Deutschlands Rechnung tragen, das durch Reparationslasten, Wirtschaftskrise und Kreditkrise sowie Währungskrisen im Ausland in ungeheure Gefahren geraten ist.

Eine starke Verminderung der öffentlichen Einnahmen ist wahrzunehmen, daneben steigende Soziallasten in Reich, Ländern und Gemeinden. Starke Einschränkungen der öffentlichen Ausgabenwirtschaft sind vorgenommen. Die Drosselung der öffentlichen Bauwirtschaft, die Lahmlegung anderer öffentlichen Arbeiten, starke Beschneidung der Ausgaben für kulturelle Zwecke und besonders tief einschneidende Lohn- und Gehaltskürzungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen die öffentlichen Haushalte mit den vorgenommenen Steuererhöhungen ins Gleichgewicht bringen.

Durch solche Maßnahmen bekommen auch Kreise der Bevölkerung die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu spüren, die in früheren Krisen wenig oder gar nicht davon berührt wurden. Als Folge ist eine zunehmende Radikalisierung wahrzunehmen, die mit der Anwendung von Gewaltmitteln eine Lösung erstrebt, die arbeiterfeindlich sein muß. Statt die wahren Ursachen der Wirtschaftskrise mit allen ihren Auswirkungen im Kapitalismus, in dem herrschenden Wirtschaftssystem zu suchen, das sich durch Planlosigkeit und Ungerechtigkeit auszeichnet und die Profitwirtschaft als höchstes Leitmotiv kennt, fallen ganze Kreise der Bevölkerung platten Schlagworten zum Opfer. Nur so konnte die faschistische Gefahr in Deutschland entstehen, gegen die die gesamte Arbeiterschaft den Kampf führen muß.

Seit den Reichstagswahlen 1930 ist die faschistische Gefahr in Deutschland infolge der wirtschaftlichen Zustände noch gewachsen. In der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, eine militärisch organisierte Partei, tritt der Faschismus nach außen hin in Erscheinung. Die Führer nehmen drohend Stellung gegen den demokratischen Aufbau der deutschen Republik und die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Dieser Wille eint sie in der gesamten Reaktion. Die in der deutschen Reichsverfassung verankerten Grundrechte der Arbeiterschaft werden restlos beseitigt, wenn es dem deutschen Faschismus gelänge, die Macht im Staate zu ergreifen.

Nie darf das geschehen, die stärkste Abwehr ist erforderlich. Auch unsere Kameraden müssen sich alle in die Eiserne Front einreihen, die gegen den Faschismus gebildet wurde. Auch wir müssen in der Abwehrfront gegen den Faschismus mitkämpfen. Trotz Krise, trotz Not und Entbehrungen darf keine Gleichgültigkeit im Organisationsleben aufkommen. Die Gefahr ist groß. Nur geschlossene, festgefügte Organisationen können den Kampf mit Erfolg gegen den Faschismus führen. Unsere Organisation muß stark bleiben; denn: Wir müssen kämpfen!

Um die Einheit unseres Zentralverbandes

Teile und herrsche. Das war stets das wirksamste Mittel aller Gewalthaber zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft. Das gilt sowohl für die Staatspolitik wie in der Wirtschaft. Die deutsche Arbeiterschaft hat seit 70 Jahren das Recht der wirtschaftlichen Vereinigung. Die Unternehmer haben es lange Jahre verstanden, die Arbeiter an der Ausübung dieses Rechtes zu hindern. Maßregelungen und schwarze Listen waren die Mittel in diesem Kampfe. Auf Grund des veralteten preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 wurde 1874 der „Deutsche Zimmererbund“ und 1876 der „Deutsche Zimmererverein“ durch den Berliner Polizeipräsidenten aufgelöst. Die vierte Organisation, das „Deutsche Zimmerergewerk“, fiel am 28. Oktober 1878 mit fast allen andern Gewerkschaften dem Bis-

marckschen Sozialistengesetz zum Opfer. Die Machthaber konnten zwar die Organisationen vernichten, sie konnten aber den Geist und den Willen der nach Freiheit strebenden Arbeiterschaft nicht töten.

Unser jetziger Zentralverband wurde 1883 als fünfte Organisation der Zimmerer Deutschlands gegründet. In Fragen der Taktik bestand oft Meinungsstreit. Ueber das Ziel und die Einheit der Organisation waren alle einig. Die politische wie gewerkschaftliche Einigkeit der Arbeiterschaft brachte schon nach zwölf Jahren das Sozialistengesetz zu Fall, mitsamt seinem Urheber Bismarck. Sie verschaffte dem Koalitionsrecht freie Bahn. Von da an begann der Aufstieg der Gewerkschaften. Sie wurden Machtfaktoren der Arbeiterschaft.

In der Verfassung der Deutschen Republik wurden die Gewerkschaften grundsätzlich als berufene Vertretung der Arbeiter in allen Wirtschaftsfragen anerkannt. Das bedeutet voller Sieg der Gewerkschaften um ihre Anerkennung durch die Staatsmacht. Gleichzeitig begann aber auch eine planmäßige Zersetzungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften. Urheber ist die KPD. als grundsätzlicher Gegner aller Organisationen der Arbeiter, besonders aber der freien Gewerkschaften. Die Spaltung der Gewerkschaften durch die KPD. wird in neuerer Zeit von der RGO. und durch Gründung von „Einheitsverbänden“ systematisch forciert. Diese Tätigkeit macht sich auch in letzter Zeit in einzelnen Bezirken unseres Verbandes in stärkerem Maße bemerkbar, wenn auch bisher ohne merklichen Erfolg. Als neuer und gefährlicherer Gegner der Gewerkschaften und damit Bundesgenosse der KPD. ist der deutsche Faschismus in der NSDAP. auf den Plan getreten. Das Ziel der deutschen Faschisten ist bekannt. Sie öffnen die Methoden Mussolinis nach. Wenn aber der Versuch der Zerschlagung der Gewerkschaften größeren Erfolg haben sollte, wird nicht die KPD., sondern werden die Faschisten die Sieger sein. Kommen aber die Faschisten an die Macht, dann werden zuerst die Gewerkschaften völlig vernichtet und damit alle ihre Errungenschaften. Die deutschen Arbeiter werden zu rechtlosen Sklaven degradiert. Das zu verhindern, ist allein möglich durch die Einheit der Gewerkschaften.

Darum, Kameraden! Wahr unter allen Umständen die Einheit unseres Zentralverbandes! Wählt nur Funktionäre, die als ehrliche Gewerkschafter die Verbandssatzungen und Verbandstagsbeschlüsse anerkennen und befolgen. Reihet euch ein in die „Eiserne Front gegen den Faschismus!“ Sch.

Ein Brief aus Amerika

Vor einigen Tagen erhielten wir von einem langjährigen Funktionär unseres Verbandes, der vor sieben Jahren nach Amerika ausgewanderte, einen interessanten Brief. In diesem Schreiben unseres Kameraden wird zweierlei dargelegt: einmal die alte Anhänglichkeit an unsern Zentralverband und an die deutsche Arbeiterbewegung, zum andern die Wirtschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ueber beide Fragen gibt unser Funktionär, der auch heute noch sehr aufmerksam den „Zimmerer“ verfolgt, Auskunft. Er schreibt unter anderem:

South Ben, 28. Dezember 1931.

Werter Kamerad!

Deine Mitteilung habe ich erhalten. Es würde mich außerordentlich freuen, wenn ich auch künftig den „Zimmerer“ regelmäßig erhalten könnte. Es sind schon sieben Jahre vergangen, daß ich Deutschland verlassen habe. Trotzdem ist mein Interesse am alten Vaterland noch nicht ganz erloschen. Von hier aus verfolge ich mit großem Interesse die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, besonders aber unseres Zimmererverbandes. Durch den „Zimmerer“ bin ich über all die Vorgänge sehr genau informiert. Außerordentlich unangenehm würde ich es empfinden, wenn mir der „Zimmerer“, den ich seit 1906 lese, nicht mehr zugestellt würde. Wenn man im

Ausland ist, hat man ein sehr großes Interesse an dem Berufsorgan. Ich kann versichern, daß ich die Zeitung in jeder Woche mit Spannung erwarte.

Es wird Dich gewiß interessieren, einiges von der mißlichen Lage, in der sich auch Amerika befindet, zu erfahren. Was in den amerikanischen Zeitungen steht, ist in der Regel zugunsten des Landes gefärbt. Das ist verständlich. In der Stadt, in der ich seit Jahren arbeite (rund 100 000 Einwohner), sind von 400 Zimmerleuten nur 32 in Arbeit, und selbst in der besten Zeit des Jahres waren weit über die Hälfte ohne Beschäftigung. Rund 50 % der Zimmerleute haben keine zwei Wochen im ganzen Jahr gearbeitet. In unserer Stadt wurden in diesem Jahre keine 20 Einfamilienhäuser gebaut. Geht man die Straße entlang, so findet man, daß jedes vierte bis fünfte Haus zu verkaufen ist. Im Frühjahr vergangenen Jahres mußte das Gericht rund 2000 Häuser und Baustellen zum Verkauf bringen, weil die Besitzer die Steuer nicht bezahlen konnten. Es ist in Amerika so, daß der Besitzer, der drei Jahre keine Steuern bezahlt, vom Gericht ohne persönliche Verständigung und Stellungnahme einfach enteignet wird. Sein Besitz wird verkauft. In unserer Stadt stehen über 300 Läden leer. Auch für das Jahr 1932 sieht es nicht besser aus. Die Lage der Arbeiterschaft wird dadurch noch verschärft, daß es hier keinerlei staatliche oder kommunale Unterstützungen gibt. O, wenn die deutschen Kameraden doch wüßten, um wieviel besser ihre Einrichtungen im Staat und in den Gewerkschaften sind. Wenn diese Erkenntnis Allgemeingut geworden wäre, dann würden sie sich statt hinter einen Thälmann und Hitler geschlossen hinter ihre Berufsorganisation stellen. Das Schlimme ist, daß sich die armen, verzweifelten Arbeitslosen durch allerhand Versprechungen von politischen Abenteurern mißbrauchen lassen.

Obwohl ich nicht immer in Amerika bleiben wollte, ist vieles anders gekommen, als ich es mir dachte. Mittlerweile bin ich auch über 45 Jahre alt geworden, so daß es meine familiären und finanziellen Verhältnisse mir kaum erlauben werden, die Rückreise wieder anzutreten. Gesundheitlich geht es mir und meiner Familie noch gut. Ich wünsche Dir und den deutschen Kameraden viel Glück im neuen Jahr und die besten Grüße!

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Flugblatt-Sendung

In diesen Tagen haben die Zahlstellenvorstände und die Kolporteurs des „Zimmerer“ ein Flugblatt des Zentralvorstandes „Kameraden, heraus!“ erhalten. Die Flugblätter sind zur Verteilung in den Kreisen unserer Kameraden bestimmt. Wir ersuchen die Zahlstellenvorstände und die Kolporteurs, alles zu veranlassen, daß dieses wichtige Flugblatt umgehend in die Hände der Kameraden gelangt.

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Abs. 3 der Satzungen wurden in Königsberg i. Pr. Otto Goldbaum (Verb.-Nr. 121 866) und wegen Streikbruch in Bunzlau-Haynau Hermann Fiedler (17 788) aus dem Verbandsausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen

Gestreikt wird bei der Firma Beuchelt & Co., Baustelle Schiffshebewerk Niederfinow, Zahlstellengebiet Oderberg, wegen Lohndifferenzen.

Streik im Zahlstellengebiet Oderberg

Die Firma Beuchelt & Co., Unternehmen für Brückenbau und Eisenkonstruktion, aus Grünberg in Schlesien, führt am

Schiffshebewerk in Niederfinow Arbeiten aus. Am Gerüstbau werden starke Rundhölzer verarbeitet. Für diese Zimmerarbeit zahlte die Firma, als Mitglied des Vereins Deutscher Metallindustrieller, nach dem Metallgewerbetarif 80 § Stundenlohn ansatt 112 §, wie er nach dem Tarif für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten zu zahlen ist. Auf Grund der Notverordnung reduzierte die Firma den Zimmererlohn auf 69 § die Stunde. Die Firma lehnt jedes Entgegenkommen ab und will Zimmerer aus Schlesien holen oder aussperren. Unsere zwölf dort beschäftigten Kameraden weigern sich, für diesen Hungerlohn Zimmerarbeiten auszuführen, und ersuchen um Solidarität in ihrem Kampf. Kein Zimmerer darf zum Streikbrecher werden!

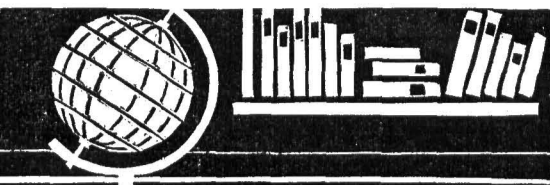
Zahlstellenberichte

Angerburg. (Jahresbericht.) Am 3. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Kamerad Post erstattete den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß durch die Tätigkeit der bestehenden zentralen Schlichtungsinstanzen unsere Zahlstelle wie in den Vorjahren von Streik und Aussperrung verschont blieb. Die bezirklichen Lohnverhandlungen zwischen den Vertragsparteien führten zu keinem Ergebnis. Daraufhin hatte sich das Haupttarifamt mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Das Ergebnis war, daß der Stundenlohn von 104 auf 94 § abgebaut wurde. Drei Klagen wurden vor das Arbeitsgericht gebracht und vom Gauleiter mit Erfolg durchgeführt. Die gesamte ausgeklagte Summe betrug 160 M. Die Bautätigkeit war im Jahre 1931 sehr schlecht. Während der größte Teil der Kameraden in den Vorjahren 26 Wochen in Beschäftigung stand, so haben im abgelaufenen Jahre die wenigsten der Kameraden ihre Anwartschaft für die Arbeitslosenunterstützung erreichen können. Ein großer Teil war gezwungen, schon im Laufe des Sommers einen Antrag auf Krisenunterstützung zu stellen. Die Tätigkeit der Zahlstelle erstreckte sich auf 7 Vorstandssitzungen und 12 Mitgliederversammlungen. In den Versammlungen wurden im wesentlichen Organisations-, Lohn- und Tariffragen behandelt. Außerdem wurde je ein Vortrag über Bauarbeiterschutz, Arbeitslosenversicherung und über die Ursache der Wirtschaftskrise gehalten. Es fanden 12 Bücherkontrollen und die üblichen statistischen Erhebungen statt. Der Mitgliederbestand ist trotz der Wirtschaftskrise und großer Arbeitslosigkeit stabil geblieben. Im Anschluß daran wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal erstattet. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Versammlung erkannte die Arbeit des bisherigen Vorstandes dadurch an, indem sie der beauftragten Wiederwahl des Vorstandes zustimmte. Nachdem noch einige örtliche Fragen behandelt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit den Worten, der Verband müsse unser Schutz und Hort sein; alle Anschläge der Reaktion werden an ihm zerschellen.

Flatow. Am 10. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Kamerad Geckmann erstattete den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die schlechte Wirtschaftslage sich sehr ungünstig auch im Zahlstellengebiet auswirkte. Einstimmig wurde die beantragte Entlastung des Kassierers gutgeheißen; in der gleichen Weise erfolgte auch die Wahl des gesamten Vorstandes. Anschließend beglückwünschte Kamerad Damps die Kameraden Bekmann und Hitz zur 25jährigen Verbandszugehörigkeit und verlas das Glückwunschsreiben des Gauvorstandes. Kamerad Schlütter hielt eine Ansprache und überreichte den beiden Jubilaren eine Ehrenurkunde vom Zentralvorstand. Unter „Verschiedenes“ wurden einige von der Versammlung gestellte Fragen vom Vorsitzenden beantwortet. Im Anschluß an die Versammlung fand in den Räumen des Arbeiterwohlfahrtshauses ein gemütliches Beisammensein anlässlich der beiden Jubiläen statt.

(Fortsetzung der Berichte auf Seite 30.)

UNTERHALTUNG & WISSEN



Wir fahren um die Welt

Nicht Vergnügen allein . . .

Zu arbeiten war eine Unmöglichkeit in dem Glutwirbel der letzten Wochen. Und ich muß arbeiten, die spärlichen Notizen, kurze Stichworte, in Ordnung bringen; Beiträge heim nach Deutschland schicken. Ich kann nicht wieder Wochen sinnlos ins Blaue hinein vagabundieren . . . Es wäre verantwortungslos.

Vor einigen Stunden bin ich in Bandoeng angekommen. Stadt zwischen den Bergen, 700 Meter überm Meer, und dennoch sind fast 30 Grad im Zimmer. Abends um zehn. Ich muß schreiben . . . Ich sage es mir immer wieder, so wie ein fauler Schüler zu sich selbst sagt: ich muß fleißig sein.

Da sitze ich nun im Preanger Hotel, in einem hellen luftigen Zimmer. Die großen Fenster gehen auf einen weiten lärmvollen Platz. Seit Wochen zum ersten Male hatte ich wieder ein richtiges europäisches Bad: in einer Badewanne mit heißem Wasser; keine jener Sudeleien neben einem Trog, aus dem man eine lauwarme Brühe sich über den Körper gießt. (Und dennoch erfrischte es damals . . . Später erzähle ich dir mehr darüber.)

Was sagte ich mir selbst? K. O., du mußt arbeiten . . . Da sagt eine andere Stimme: du bist verrückt, hier im Zimmer zu bleiben, wenn eine fremde, noch unbekannte Stadt dich lockt . . . Schließlich aber siegte der Wille zur Arbeit über die Verführung zur Vagabondage, und ich verurteilte mich selbst zur Gefangenschaft, bis . . .

Bis nach 36 Stunden die letzte, unterwegs stichwortartig konzipierte Manuskriptseite ins Reine geschrieben war.

Dann verließ ich, zum ersten Male seit meiner Ankunft vor zwei Tagen, das Zimmer um Bandoeng zu entdecken.

Nicht wilde Tiere, aber . . .

Es ist eine blühende und immer mehr sich ausdehnende Stadt mit einer Bevölkerung von 112 000 Seelen, von denen fast 11 000 Europäer sind — so ungefähr sagt das Reisehandbuch. Und es zählt auf die verschiedenen Schulen, Regierungsgebäude und Hotels; versichert uns zum Schluß, daß Bandoeng „alle Vorzüge und Annehmlichkeiten einer Großstadt hat, wie Musikkapellen, Klubs, gute Restaurants und andere Amusements in freundlicher Umgebung“.

Bin ich deshalb hierher gefahren? Gewiß nicht. Villenviertel, Schulhäuser und einige langweilige Geschäftsstraßen, im Kolonialstil erbaut, sind anderswo auch zu genießen. Und ich kam auch nicht, um mir — wie es in einer Ankündigung für reisende Amerikaner heißt — die Werkstätten der Staatseisenbahn anzusehen. Unterwegs hatte ich Zeit genug, die schönen mammuthaften Lokomotiven zu beäugen, die fast geräuschlos die langen D-Züge durch die Preanger schleppen. Das genügt für einen technischen Laien. Ich will den Rhythmus dieser Stadt finden und ihr Besonderes . . .

Ja, das ist eine Stadt in den Javabergen: Menschenfresser, Tiger und andere wilde Tiere gib's nicht. Dafür Pariser Damenmoden, Wasserwellen beim Friseur, Jazzmusik und Kurszettel. Die kühne Freibeuterzeit der „Ostindischen Kompanie“ ist vorbei: der späte holländische Enkel wird noch in Ruhe so lange das Erbe der Großväter genießen, bis der Indo-Europäer (zusammen mit dem Chinesen?) das Geschäft und die Regierung selbst übernehmen. Und es gibt hier auch dies: eine gewaltige Eifersucht auf Batavia, die Regierungstadt. Bandoeng möchten die Bandoenger als Regierungsmetropole sehen, und die Gründe, die ins Treffen geführt werden — längere Dienstzeit, da besseres Klima als an der Küste; Pensionersparnisse, strategische Erwägungen usw. —, sind nicht von der Hand zu weisen. Der erste Vorstoß in dieser Richtung wurde durch die Gründung der „Technischen Hoch-

schule“ und der „Hochschule für Regierungsbeamte“ gemacht, aber er wurde einige Jahre später durch Errichtung einer Juristischen Hochschule in Batavia paralytisch; und noch mehr war Bandoeng enttäuscht, als der Sitz für die fünf vereinten Regierungsbezirke Westjavas ebenfalls nach Batavia kam. (Nicht nur in Deutschland gibt es Streit und Nebenbuhlerschaft in Verwaltungsfragen und um Regierungssitze.)

Fort aus der „Kultur“

Ich wollte mit dem Zug nach Djokja, den Borobodur sehen: das älteste und mächtigste Bauwerk buddhistischer Kultur in Java. Statt dessen fuhr ich mit dem Auto nach der javanischen Südküste, nach dem Indischen Ozean. Warf in fünf Minuten den ganzen sauber ausgearbeiteten Reiseplan um, ohne Bedauern und Bedenken. Sagte zu Mijnheer Bühnen „Ja“, als er fragte, ob ich für einige Tage mitfahren wolle, als hätte ich nie an eine Weiterreise gedacht.

Unter einer unbarmherzig glühenden Sonne fuhren wir los. Bald kamen wir durch die ersten Dörfer. Die Eingeborenen saßen halbnackt vor ihren Häusern oder den braun und rot gestrichenen hölzernen Verkaufsbuden, wo grell gefärbte Limonaden und Früchte feilgehalten wurden. In den größeren Dörfern, da hatten die Chinesen ihre Tokos (Läden) und sie beherrschten den Handel. Wo es nichts zu verdienen gab, da sah man sie nicht, die kleinen gelben Männer, die emsig wie Ameisen und zähe wie Quallen ihrem Geschäft nachgehen.

Als wir aus der Hochebene heraus und tiefer ins Gebirge kamen, wechselte das Bild. Hier bewegten sich die Menschen freier und die Kinder rannten nackt herum, wie Allah sie geschaffen — mit dicken kugelförmigen Bäuchen. Darin sprang der schlecht geheilte Nabel wie ein Flaschenkork vor. Die Frauen saßen mit bloßem Oberkörper vor den Häusern, und erstaunt sahen sie unserm Auto nach: so selten kommt eins durch diese abgelegenen Bergdörfer. Andere Frauen arbeiteten in kleinen Gärten neben dem Haus, wieder andere kamen truppweise von der Arbeit auf den Reisfeldern. Wasserträgerinnen begegneten uns, die gefüllten Bambusrohre an Schilfleinen über dem Rücken. Manche trugen zu dieser Last noch ein Kind im Hüfttuch. Die Männer aber lagen faul vor den Verkaufsbuden im Schatten, schwatzend oder über irgendeinem Brettspiel. Hier oben im Gebirge, da waren sie die „Herren der Schöpfung“.

Und wir fuhren und fuhren, und immer höher und höher ging es in vielen Windungen. Oft war der Weg so schmal, daß kein Wagen hätte passieren können; ein Weg, der an steil abstürzenden Hängen entlangführte. Berge wurden umfahren, und weite Blicke in Täler, Ebenen und auf Gebirgszüge mit Vulkanen öffneten sich. Rasch wechselte das Antlitz der Landschaft: immer war es neu und von verschwenderischer Fülle.

Ist das Tropenland?

Nach mehreren Stunden, schon auf einer Höhe von 1400 Meter, kamen wir an den ersten Teeplantagen, bald darauf an Gummipflanzungen vorbei. Erinnerung an Ceylon wurde wach. Am auffallendsten war der Unterschied der Arbeiterwohnungen dort und hier. Damals waren es elende Hütten, in denen die Plantagenarbeiter hausten, bedrückend in ihrem schmutzigen, schmachtvollen Zustand; hier auf Java waren es weißgekalkte, saubere Häuschen, die Holzverstreben im Mauerwerk braun gefärbt. Der Platz vor den Wohnungen reinlich gefegt: kleiner Abglanz holländischer Sauberkeit. (Solch ein Anblick stimmt immer froh. Was ist die großartigste Landschaft, wenn der Mensch überlebt als jedes Tier?)

Weiter ging die Fahrt. In Kurven, Kurven. Höher hinauf, immer höher.

Rund herum um einen Berg. Dann Kurven abwärts ins nächste Tal. Und wieder hinauf.

Dann war auf einmal ein wenig Dunst, ganz leichter Nebel. Streckenweise nur. Zartes Gewebe, wie gehaucht. (Vor Jahren in der Schwäbischen Alb erlebte ich's so. Unerwartet. Nach heißen Septembertagen, wenn alle Sterne blitzten.)

Diese Fahrt: immer mächtiger, immer kurvenwilder aufwärts . . . Das Auto brumpte, als hätte es einen Kompressor im Leib . . . Diese Fahrt: ein Rausch . . . Rausch der Bewegung und Farben und Luft . . . Auf einmal dann waren die Täler wie weggesackt, die Fernsicht ausgelöscht . . . Und Sekunden später war auch die Nahsicht dahin.

Ein Nebel, schwer, dicht, als atmete man die Luft der Zugspitze, nicht die der Javaberge. Eine Sicht noch auf drei Schritte — das war alles. Silhouettenhaft die Kokosbäume, die Palmen, die Riesenfarne . . . Nur die allernächsten sichtbar, die am Wegrand.

Aufmerksam wie ein Spürhund äugte der Chauffeur, ein schmalgesichtiger Javaner, durch die hochgeklappte Schutzscheibe. Und fuhr ganz langsam, sehr vorsichtig auf dem schmalen Weg, an den steil abstürzenden Hängen. Wir machten nicht mehr als 5 Meilen die Stunde.

Ist das Tropenland? Ist das unterm Äquator?

Wir zogen die Mäntel an, knöpften den Kragen hoch. Der schon durchfrostene Körper — empfindlich geworden in der Treibhaushitze der letzten Monate — entwickelte nur mählich eine nährende Wärme. Aber es ging nicht ab ohne etliche Frostschauer. Von Zeit zu Zeit stiegen wir aus, Mijnheer Bühnen und ich, und schlenkerten die Arme, traten den Boden: es war wie im strengsten Winter in den Alpen. Dem armen Javaner klapperten gottsjämmerlich die Zähne.

Kurt Offenburg.

Ursula

Geschichte eines kleinen Mädchens.

Der Arbeiterdichter Ernst Preczang hat in seinen alten Tagen noch ein Kind in die Welt gesetzt. Ein Mädel. Es heißt Ursula. Ein ganz seltenes Prachtexemplar von einem Mädel. Wie Kinder von einem Vater manchmal sind, der zur Liebe noch die Weisheit des Alters mitbringt.

Diese Ursula ist eine Schwester des vor drei Jahren zur Welt gekommenen Peter Klupschek, der Hauptfigur des Romans „Zum Lande der Gerechten“. Wieder führt uns der Dichter in die norddeutsche Tiefebene und in die Nähe des Meeres. Aber da ist kein modernes Séebad mit Luxushotels und Fremdenbetrieb, da ist vielmehr die einsame Heide und die stille Dünenlandschaft, da sind kleine Bauern, die dem dürrtigen Boden eine schmale Ernte abringen, und Fischersleute, die sich auf der See herumplagen und in ihren niedrigen Hütten ein bescheidenes Dasein führen. Ein Sohn solcher Fischersleute ist der Vater der kleinen Ursel, und die Mutter ist eine Bauerntochter. Weil sie ihren Hinnerk nicht heiraten darf, wird sie von ihrem Vater verstoßen, und Ursula kommt bei Verwandten in Berlin zur Welt. Das Kind wächst auf, ohne seine Eltern gesehen zu haben, und seine Kindheit wird eingeeignet von den Kriegsjahren und der schweren Nachkriegszeit und von einer strengen Pflegemutter, die so stolz auf ihre Korrektheit ist, daß sie selbst die Zärtlichkeiten in ihrer Ehe auf bestimmte Tage und Stunden verteilte. Aber mehr als diese Frau bestimmt ein anderer Hausbewohner das Schicksal des Kindes: Ben Spoer, der „Onkel Dichter“, der in seiner Dachwohnung sitzt und aus seinen Erlebnissen und Stimmungen Gedichte und Erzählungen formt. Seine behutsame Liebe führt das Kind durch die entscheidenden Jahre der Entwicklung. Ursula ist in Wirklichkeit seine Tochter, ihr inneres Antlitz trägt die Züge dieses ein-

samen und gütigen Menschen, der sich eine eigene Philosophie zurechtgelegt hat, und der gern von der Ernte seines Lebens an andere abgibt.

Ursula errät aus den gelegentlichen Bemerkungen der Hausbewohner, daß die Geschichte ihrer Herkunft, mit der man sie bisher beruhigt hat, ein frommes Märchen ist und daß ihre Mutter lebt. Das ganze Sinnen und Trachten des Kindes konzentriert sich nun auf die Suche nach seiner Mutter, und am Tage seiner Konfirmation verläßt es die Pflegemutter und fährt zu der Frau, der es bisher nur einmal und heimlich vergönnt war, ihr Kind zu sehen. Die verstoßene Bauerntochter lebt im Armenhaus ihres Heimatdorfes und ernährt sich mehr schlecht als recht von Bettelgaben und von den geringen Einkünften gelegentlicher Arbeiten. Ihr Kind, das große Mädel aus Berlin, bringt plötzlich Sonne in ihr Dasein, und Ursula erlebt das große menschliche Wunder der mütterlichen Liebe. Sie erlebt noch eines: das Meer mit seiner unendlichen Weite, mit seiner Schönheit und seiner zerstörenden Kraft. Aber Ursulas Heimat ist und bleibt Berlin, die große Welt. Es genügt ihr nicht, daß Ben Spoer und andere Gefährten ihres Berliner Lebens gelegentlich in ihre neue Behausung kommen. Es zieht sie mit allen Fasern nach Berlin zurück und weiter noch. Etwas von ihrem Vater steckt in ihr, der Drang, fremde Länder und Menschen zu sehen, und an dem Tage, an dem sie ihre alte Umgebung verläßt und ins Weite zieht, an dem Tage ist sie nicht mehr die kleine Ursel und ist die Geschichte von diesem kleinen Mädchen zu Ende.

Ernst Preczang hat noch nie zuvor so menschlich ergreifend und dabei so warm und sonnig geschrieben wie in diesem Roman von Ursula, seinem liebsten Kind. Daß er selbst in der Gestalt des „Onkel Dichters“ immer wieder durch die Erzählung geht, das ist der besondere Reiz dieses Buches. Am Schluß gelingt es ihm, eine Gemeinschaft freundschaftlicher und innerlich verbundener Menschen darzustellen, eine Gemeinschaft, deren Existenz in diesem Buche allein schon genügt, diese Erzählung hinaufzuheben über so manches Erzeugnis neuerzeitlichen Schrifttums. An diesen Menschen und besonders an diesem Prachtmädel Ursula, das zuletzt ganz die Zunge der neuen Jugend von heute spricht und in dessen Klugheit und Wahrhaftigkeit Ben Spoer sich selbst wiederfindet, wird jeder Leser und besonders jede Leserin helle Freude haben.

„Ursula“ ist das rechte Gildenbuch. Es ist ein Roman, wie er von vielen Mitgliedern der Büchergilde schon lange ersehnt wurde. Die Büchergilde Gutenberg kommt diesem Wunsch dadurch entgegen, daß sie dieses Buch außerhalb der üblichen Quartalsbücher zum Vorzugspreis von 1,75 M., nur für ihre Mitglieder, herausbringt. Dieser Vorzugspreis hat bis zum 1. Januar 1932 Geltung. Vom 2. Januar an wird der Roman „Ursula“ in der Reihe der Normalbücher der Gilde geführt.

Wo wird am wenigsten geheiratet?

Die Heiratsziffer ist neuerdings in den Großstädten am stärksten zurückgegangen. Wie „Wirtschaft und Statistik“ mitteilt, ging sie in der Gesamtheit der Großstädte um 40 % stärker zurück als im Reichsdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit macht sich eben, so bemerkt die Zeitschrift hierzu, in den Großstädten am empfindlichsten fühlbar. Dazu kommt, daß die Zuwanderung von heiratsfähigen jungen Menschen in die Großstädte neuerdings nicht mehr festzustellen ist. Im Gegenteil, es hat statt dessen eine Abwanderung aus der Großstadt eingesetzt. So wird sich die Wirtschaftskrise natürlich auch in einem beträchtlichen Sinken der Geburtenziffer auswirken.

Aschersleben. (Jahresbericht.) Für unser Zahlstellengebiet fand am 8. Januar die Jahresversammlung statt. In seinem Jahresbericht erläuterte der Vorsitzende alle nennenswerten Ereignisse des vergangenen Geschäftsjahres. Mit ermutigenden Worten für eine bessere Zukunft und einem Appell an die Kameraden, die Einheit des Verbandes als ihre vornehmste Aufgabe zu betrachten, schloß er seine Ausführungen. Dem ausführlichen Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Finanzlage der Zahlstelle sehr angespannt sei. Deshalb müßten die Ausgaben auf das Mindestmaß beschränkt werden. Der Mitgliederbestand betrug über 100 Kameraden. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug 75 %. Die Modellierabende der Jugendabteilung mußten aus Sparsamkeitsgründen diesen Winter ausfallen. Bei den Wahlen trat insofern eine Änderung ein, als das Amt des ersten Vorsitzenden neu besetzt wurde. Anschließend wurde ein Rundschreiben der Gauleitung über die neuen Löhne auf Grund der Notverordnung verlesen. Nach Erörterungen über die im April stattfindende 25jährige Jubiläumsfeier der Zahlstelle fand die Versammlung ihren Abschluß.

Gernrode. (Jahresbericht.) In der Generalversammlung am 2. Januar erstattete der Vorsitzende, Kamerad Slaadt, den Jahresbericht. Besonders dankte er den Kameraden für die bisherige Mitarbeit und forderte sie auf, auch zur weiteren Festigung der Zahlstelle mit beizutragen. Im letzten Quartal 1931 waren bis zu 80 % der Kameraden erwerbslos. Im Berichtsjahr fanden 9 Versammlungen statt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Es folgte dann der Kassenbericht. Trotz der wirtschaftlich schlechten Lage hat sich die noch junge Zahlstelle über Wasser gehalten. Nach Prüfung des Kassenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde ein Ausschuß gewählt, der die Bücherkontrolle ausführen mußte. Die Bücher waren alle in Ordnung. Die Jugendabteilung hatte im Berichtsjahr unter Leitung des Jugendleiters einige sehr schöne Modelle hergestellt. Als besonderes Muster fachlicher Arbeit der Jugendabteilung bildet das im Garten des Arbeiterheims aufgestellte Modell, das als Landhaus komplett ausgestattet wurde. Jeder Besucher gab darüber seiner Bewunderung Ausdruck. Wir hoffen auch in diesem Jahre ein ähnliches Modell herzustellen. Der Vorsitzende appellierte an die Jugend, sich nicht von anderer Seite beeinflussen zu lassen, sondern treu zur Fahne des Verbandes zu stehen. Nur Besonnenheit und kameradschaftliche Mitarbeit kann uns über die schlechte Zeit hinweghelfen. Mit einem Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihren Abschluß.

Guben. Am 3. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom 4. Quartal wurden die Schreiben der Gauleitung, betreffend Lohnregelung auf Grund der Notverordnung, zur Kenntnis genommen. Anschließend gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das so überaus reich an Opfern für die Arbeiterklasse war. Er zeigte auf: auf der einen Seite ein geschlossenes, brutales Unternehmertum Hand in Hand mit einer schwarzen Reaktion, auf der andern Seite eine uneinige Arbeiterschaft. Der Vorsitzende appellierte an die Kameraden, in dieser Zeit alles Trennende beiseite zu stellen, um den Ansturm unserer Gegner erfolgreich abzuwehren. Als dann ließ der Vorsitzende alle Begebenheiten des Jahres in chronologischer Folge vorüberziehen. Wenn wir bei den Reichs- und Bezirkstarifverhandlungen auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse auch manches verloren haben, so können wir mit Genugtuung feststellen, daß lange nicht alle Wünsche der Unternehmer in Erfüllung gegangen sind. Wenn die Kameraden in Treue zum Verband diese Notzeit überstehen, dann werden wir auch wieder zum Angriff übergehen. Aber auch in der Lokalkasse hinterließ die Krise ihre schweren Spuren. Ist die Hälfte der Lokalkasse auf die Hälfte zusammengesmolzen. Der Abbau der Funktionär-

entschädigungen, Einführung eines Arbeitslosenbeitrages und Neuregelung der lokalen Unterstützungssätze sollten dazu dienen, unsere Lokalkasse zu sanieren. Einen schwarzen Punkt in der Geschichte unserer Zahlstelle bildet die Platzsperre in Groß-Gastrose. Durch das unsolidarische Verhalten etlicher Kameraden war die Bewegung erfolglos. Sie führte dann auch bedauerlicherweise zum Ausschluß von zehn Kameraden. Die Mitgliederbewegung war trotz der Arbeitslosigkeit stabil geblieben. Anschließend gab der Jugendleiter den Jahresbericht. Aus ihm war zu entnehmen, daß dort ein guter Geist herrscht und die Jungkameraden an allen Veranstaltungen regen Anteil nahmen. Den Abschluß bildete eine Weihnachtsbescherung, die durch Theater, Gesang und Rezitation umrahmt und von der Jugendgruppe ausgeführt wurde. Anerkennung fanden die Arbeiten der Jugendgruppe seitens des Zentralvorstandes durch Verleihung des Gaugliederswimpels. Die nun folgende Vorstandswahl fand rasch ihre Erledigung, da der gesamte Vorstand das einstimmige Vertrauen der Kameraden genießt und er sich auch bereit erklärte, seine Funktionen ferner auszuüben. Es erfolgte einstimmig Wiederwahl. Der Vorsitzende dankte dem Jugendleiter, Kamerad Schwarz, für seine erfolgreiche Jugendarbeit. Als dann wurden die Lokalsatzungen beraten und dem Vorschlag des Vorstandes gemäß angenommen. Bei Punkt „Verschiedenes“ wurde noch die Beitragszahlung geregelt.

Kolberg. (Jahresbericht.) Am 4. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch war mäßig. Nachdem der Vorsitzende den Kameraden ein frohes neues Jahr gewünscht hatte, ging er zur Tagesordnung über. Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde die neue Lohnregelung lebhaft erörtert. Von einer Zustimmung kann wohl keine Rede sein, doch müßten wir uns dem Druck der Verhältnisse und der neuen Notverordnung fügen. In dem Bericht über die Ortsausschußsitzung gab der Vorsitzende die Ausführungen der von 3 Delegierten besuchten Bezirkskonferenz, die in Stettin tagte, wieder. Hervorzuheben wäre hierbei der Vortrag des Reichsministers a. D. Wissell. Er schloß mit den Worten, im Kampf gegen die Reaktion alle Kräfte zusammenzufassen. Der Kassierer gab bekannt, daß der Bestand der Lokalkasse noch 10,60 M beträgt. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende. Er führte folgendes an: Der durchschnittliche Mitgliederbestand schwankte im Laufe des Jahres zwischen 136 und 142 Kameraden. Die Arbeitslosigkeit betrug durchschnittlich 82 %. Die Höchstziffer erreichte das letzte Quartal mit 96 %, und zwar liegt der größte Teil der Kameraden der Wohlfahrtsfürsorge und der Krisenunterstützung zur Last. An Versammlungen fanden 10 Monats- und 1 außerordentliche Versammlung, in der der Gauleiter über Wirtschaftskrise und Notverordnung sprach, statt. Die Einnahme an Beitragsmarken ergab 1094,75 M. Die Ausgabe dagegen für Erwerbslosen- und Invalidenunterstützung, für einen Sterbefall und Gemaßregeltenunterstützung 2032,20 Mark. Zu diesen Zwecken hat die Hauptkasse noch 950 M Zuschuß leisten müssen. Von einer Vollbeschäftigung konnten wir hier in Kolberg gar nicht reden. Noch kein Jahr hat uns so böse getroffen wie dieses. Der größte Teil der Kameraden hat überhaupt keine Arbeit gehabt, der Rest nur einzelne Wochen. An Streit- und Lohnsachen wurden am Orte erledigt: Für 5 bei der Firma Moritz ausgelernte Lehrlinge die Zahlung und Nachzahlung der Unterstützung und die Zahlung des Fernien-geldes und für einen Lehrling dortselbst die Zahlung des Tariflohnes. Vom Verband wurde für einen Kameraden die Gemaßregeltenunterstützung gezahlt. Besucht hat der Vorsitzende den Schulungskursus in Bernau und die Gaukonferenz in Stettin. Infolge Krankheit verlor die Zahlstelle das alte Ehrenmitglied Franz Reimer. In der Monatsversammlung im August fand die Ehrung von 5 Kameraden der Zahlstelle für 25jährige Verbandsmitgliedschaft statt. Mit schlichten Worten, den Werdegang der Zahlstelle streifend, wurden den Kameraden das

vom Zentralvorstand gestiftete Diplom und die von der Zahlstelle gestiftete silberne Nadel überreicht. Der Vorsitzende ermahnte die Kameraden am Schluß des Jahresberichts, fest zusammenzuhalten. Nur ein Ziel dürfte allen dabei vor Augen stehen: fest zum Verband zu halten. Die dann folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes.

Lauenburg a. d. E. Am 2. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und wies darauf hin, daß wir in unsern gewerkschaftlichen Erfolgen einen starken Rückschlag erlitten haben. Da die Unternehmer die Durchführung weiterer Lohnsenkungen vorhaben, gelte es, alle Kraft für die Abwehr einzusetzen, vor allen Dingen aber den Verband in dieser schweren wirtschaftlichen Notzeit die Treue zu bewahren. Im Anschluß an die Ausführungen des Vorsitzenden wurde der seitherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Kassierer erstattete im Anschluß hieran den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde Entlastung erteilt. Bemängelt wurde, daß in diesem Jahr keine Weihnachtshilfe gewährt worden ist. Zu dieser Frage wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Die Erledigung örtlicher Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

Löwenberg i. Schl. (Jahresbericht.) Gleich dem Jahre 1930 war auch das Jahr 1931 ein Jahr des wirtschaftlichen Niederganges, was auch auf unsere Zahlstelle nicht ohne Einfluß blieb. Betrug im Vorjahre die Arbeitslosigkeit durchschnittlich 68 %, so stieg diese Zahl im Jahre 1931 auf über 75 %. Dies wirkte sich auch finanziell auf den Verband aus. Die Einnahmen aus Beiträgen betragen für die Hauptkasse 896,30 M, die Ausgaben für Unterstützungen 676,70 M. Der Lokalkassenbestand ist in der gleichen Höhe geblieben. Für Rechtsschutz wurde die Zentrale in 5 Fällen in Anspruch genommen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Berichtsjahres 2 Poliere, 58 Gesellen und 4 Lehrlinge. Von diesen waren am Jahresschluß 6 noch in Arbeit, 13 erhielten Arbeitslosen-, 25 Krisen- und 3 Wohlfahrtsunterstützung. Die Löhne hatten, wie im gesamten Verbandsgebiet, eine rückläufige Tendenz aufzuweisen. Wir sind aber der besten Zuversicht, daß bei aufsteigender Konjunktur gegen diese Verschlechterungen mit aller Energie die gesamte Bauarbeiterschaft ankämpfen wird. Es ist Pflicht aller Kameraden im Zahlstellengebiet, sich mehr als bisher am Verbandsleben zu beteiligen. Nur aktivste Mitarbeit des einzelnen gibt uns die Gewähr, den Kampf gegen das Unternehmertum erfolgreich zu bestehen.

Moosburg. An unserer Generalversammlung nahm auch der Gauleiter, Kamerad Schönamsgruber, teil. In der Versammlung wurde der Jahresbericht sowie der Kassenbericht vom 4. Quartal erstattet. Die Neuwahl des Vorstandes wurde ebenfalls vorgenommen; sie ergab keine wesentliche Veränderung. Der Vorsitzende dankte dem Gauleiter für die tatkräftige Unterstützung während des Jahres und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es auch im nächsten Jahre so bleiben möge. Hierauf referierte der Gauleiter über „Lohnfragen und die Notverordnung“. In seinen Ausführungen behandelte er besonders die Frage der Lohnklasseneinteilung. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen, das Verhalten der Unternehmer scharf kritisiert.

Münster. (Jahresbericht.) Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Rupprecht, gab einen Rückblick über das verflossene Geschäftsjahr. Die Weltwirtschaftskrise, die wir mit aus dem Jahre 1930 übernommen haben, hat im Berichtsjahr noch weiter an Ausdehnung zugenommen. Die Forderung der Gewerkschaften, durch gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitsmarkt zu entlasten und die 40-Stunden-Woche durchzuführen, waren vergeblich. Aber auch die Verhandlungen über einen Reichstarif- und Bezirkstarifvertrag gestalteten sich sehr schwierig. Durch Einsetzen unserer gewerkschaftlichen Kraft ist es gelungen, Verträge abzuschließen. Zu

Beginn des Berichtsjahres waren 78 % unserer Kameraden arbeitslos. Im Jahresdurchschnitt ergeben sich 76 %. Trotz dieser großen Arbeitslosigkeit war eine Fülle Verbandsarbeiten zu erledigen. Es fanden 12 Mitgliederversammlungen, 6 Vorstands- und 12 Kartellsitzungen statt. Die Schlichtungskommission wurde in 8 Fällen angerufen. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß die Zentralkasse in Einnahmen und Ausgaben mit 2443,04 M und die Lokalkasse mit 475 M abschließt. Nach der Diskussion über Jahres- und Kassenbericht wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl des neuen Vorstandes vollzog sich reibungslos. Mit einem Mahnwort an die Kameraden, daß wir die Krise nur durch Einigkeit überwinden können und wir deshalb auch den letzten uns noch Fernstehenden der Organisation zuführen müßten, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Obernigk. (Jahresbericht.) Unsere am 10. Januar stattgefundene Generalversammlung wies einen zahlreichen Besuch auf. Die Erkenntnis, daß wir in unserm Verband eine wirtschaftliche Stütze haben, war aus dem Jahresbericht zu ersehen. Dies beweist erstens eine Mitgliederzunahme, zweitens daß wir trotz der großen Arbeitslosigkeit unsern Tariflohn aufrechterhalten haben, und drittens rückständigen Lohn in Höhe von 730 M erfolgreich und restlos ausklagen konnten. Der Kassenbericht ergab, daß wir auch trotz der schlechten Arbeitsmöglichkeit die Ausgaben mit den Einnahmen decken konnten. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre, ein Beweis, daß die richtigen Männer an richtiger Stelle stehen. Am Schluß der Versammlung ersuchte der Vorsitzende die Kameraden, in der nächsten Vierteljahresversammlung vollzählig zu erscheinen, da wir zwei Jubilare, die auf eine 25jährige Zugehörigkeit zu unserer Kampforganisation zurückblicken können, zu ehren haben.

Pyritz i. Pomm. (Jahresbericht.) Eine reichhaltige Tagesordnung hatte die Jahresversammlung vom 10. Januar zu erledigen. Im Jahresbericht besprach der Vorsitzende sehr eingehend die Wirtschaftslage und die Verhältnisse am Orte. Einige Kameraden hatten im Berichtsjahr fast keine Berufsarbeit. Der Versammlungsbesuch war im Durchschnitt des Jahres als nicht gut zu bezeichnen. Insgesamt haben 10 Versammlungen und 2 Vorstandssitzungen stattgefunden. Einig und geschlossen, so führte der Vorsitzende aus, wollen wir in der Zahlstelle zum Verbandsleben stehen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband schloß er seinen Jahresbericht. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Der Kassenbestand beträgt 199,21 M, die Mitgliederzahl 64 Kameraden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Jahreskassenbericht wurde mit Interesse entgegengenommen. Danach sind 1060 M als Unterstützung an Kameraden gezahlt worden. Laut Versammlungsbeschuß verlas der Kassierer die Zahl der von den Kameraden im vorigen Jahre geklebten Marken. In der Aussprache wurde über Sparmaßnahmen debattiert. Von den eingegangenen Berichten wurde Kenntnis genommen. Laut Notverordnung vom 8. Dezember beträgt der Lohn vom 1. Januar an 83 $\frac{1}{2}$ die Stunde. Zu den neuen Anweisungen über Bau- und Platzdelegierte gab der Vorsitzende noch einige Erläuterungen. Die Vorstandswahl ergab, daß der bisherige engere Vorstand wiedergewählt wurde. Im erweiterten Vorstand wurden einige Veränderungen vorgenommen. Der Vorsitzende dankte für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen und sprach den Wunsch aus, auch im kommenden Jahre fest zusammen zu arbeiten.

Ravensburg. (Jahresbericht.) Am 10. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Kasse in guten Händen war. Es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Jahresbericht des Vorsitzenden wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Insgesamt waren 11 Versammlungen notwendig. In 2 Versammlungen referierte Gauleiter Kamerad Rempt. Die Ver-

sammlungen waren befriedigend besucht. Leider verlor die Zahlstelle durch Tod ein Mitglied. Die Ehrung fand in der üblichen Weise statt. Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahr unter den Kameraden sehr groß. Der größte Teil konnte die Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung nicht erfüllen. Bei den Wahlen wurden zum größten Teil die bisherigen Funktionäre wiedergewählt. Kamerad Stefan dankte im Namen der Kameraden dem Vorstand für seine Mühe im Interesse des Verbandes und versprach, auch in Zukunft dem Verband die Treue zu halten. Nachdem noch einige Zahlstellenangelegenheiten ihre Erledigung fanden, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Baugewerbliches

Hausreparaturen sind notwendig

Bei den Reparaturarbeiten wurden in der Vorkriegszeit jahraus, jahrein Hunderttausende von Bauarbeitern aller Art beschäftigt. Heute ist das anders geworden. Die Althausbesitzer lassen die meisten Wohnungen verwahrlosen. Schauerhafte Zustände machen sich bemerkbar. Die Dächer sind undicht, das Holzwerk verfault; Zimmer, Türen und Tore müssen erneuert werden, die Fassaden der Häuser brauchen dringend neuen Anstrich; allein nur ganz wenige Hausbesitzer lassen die dringend notwendigen Reparaturen ausführen. Weit über eine Milliarde Mark sollte der Althausbesitzer jährlich für Reparaturen aufwenden; denn soviel betragen die für Reparaturzwecke gesetzlich festgelegten Teile der Miete, die ja der Mieter an den Hausbesitzer abzuführen hat. Doch die Hausgrarier wollen keinen Pfennig für Reparaturen ausgeben. Im „Hamburger Echo“ vom 25. Dezember 1931 lesen wir folgendes:

„Seit mehreren Jahren kämpfen die Mieter der Grundstücke Falkenried 34 und Löwenstraße 29 (Vermieter: Martin Tönjes, Delmenhorst) sowie der Grundstücke Falkenried 32 und Löwenstraße 27 nebst Hinterhäusern, für eine gründliche Instandsetzung der Wohnhäuser. Diese Häuser sind in einem solchen Zustande, daß bereits ein Baupolizeibeamter den Ausdruck gebrauchte: „Das ist Hamburgs Rekord.“ Die Treppenhäuser sind zuletzt im Jahre 1882 und 1896 renoviert worden. Seitdem haben sie keinen Neuanstrich gesehen. Bis 1923 gab es dort Petroleumbeleuchtung; der dicke Ruß sitzt noch heute an Decken und Wänden. Ähnlich wie die Treppenhäuser sind auch die Wohnungen völlig verwahrlost. Die Toiletten haben keine Fenster, die alten Lüftungsröhre sind unbrauchbar. Ähnlich schlimm steht es um die Terrassen und die Wege auf den Grundstücken. Löcher von 20 bis 25 cm Tiefe sind keine Seltenheit, ja, die Haftpflichtversicherung hat sogar den Vermieter Meyer aus der Versicherung ausgeschlossen, da sie bei den schlimmen Zuständen der Terrasse für Unglücksfälle nicht aufkommen könne.“

Tausende solcher Fälle gibt es in Deutschland. Es ist wirklich ein Skandal erster Ordnung: Auf der einen Seite müssen Hunderttausende von Bauarbeitern jahrelang feiern, während die Hausbesitzer ihren Besitz verfallen lassen, trotzdem die Mieter die Reparaturkosten von jährlich einer Milliarde Mark aufzubringen haben. Hier muß der Staat eingreifen.

Randstadtsiedlung — Holz- oder Massivbau?

Mit der Randstadtsiedlung will es nicht so recht vorwärtsgehen. Der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung teilte kürzlich mit, daß im März mit dem Bau von 20 000 Siedlungshäusern begonnen würde. Weitere 30 000 Häuser sollen einige Monate später angefangen

werden. Bis jetzt sind nur ganz wenige Siedlerstellen errichtet worden.

Gegenwärtig wird ein Kampf zwischen den Interessengruppen Holz- und Massivbau ausgetragen. In den vom Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung herausgegebenen Richtlinien ist bekanntlich zum Ausdruck gebracht worden, daß insbesondere die Ausführung von Holzbauten bevorzugt werden soll. Dementgegen beabsichtigt die Stadt Berlin, das Siedlungsproblem in Massivbauweise zu lösen. Ganz abgesehen davon, daß sich für den geringen ausgeworfenen Betrag wirklich solide und dauerhafte Wohnstätten wohl kaum erstellen lassen, ist die Bauzeit, die für Errichtung massiver Bauten aufgewandt werden muß, um ein Vielfaches länger als bei Holzhäusern. Außerdem ist eine monatelange Trockenzeit erforderlich, so daß bis zur Beziehbareit eines Massivbaues etwa fünf Monate vergehen können. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit würde dies bedeuten, daß die Siedler erst Mitte des kommenden Jahres in die neuen Heimstätten übersiedeln und mit der intensiven Bebauung des Landes beginnen könnten, also im Jahre 1932 von dem Landertrag überhaupt noch nicht existieren können und weiter unterstützungsbedürftig bleiben.

Bei der Holzbauweise, die sich ja auch allmählich wieder in Deutschland eingebürgert — in Amerika wohnen 80 von 150 Millionen Menschen in Holzhäusern —, würde das Siedlungshaus in längstens vier Wochen zur Benutzung bereitstehen. Dabei haben die Holzhäuser, die nach den vom Normenausschuß herausgegebenen Richtlinien (DIN 1990) errichtet werden, eine Mindestlebensdauer, das heißt eine Bewohnbarkeit im Sinne der baupolizeilichen Vorschriften, von 80 Jahren. Durch Isolierung der Außenwände mit Torfsteinen ist das Holzhaus absolut ungeziefersicher. Der ärztliche Leiter der Lungenfürsorge zu Dresden, Herr Professor Dr. Beschorner, hat begutachtet, daß Holzhäuser im Sommer und Winter als Wohnhäuser bestens benutzbar sind.

Es wäre interessant, von der Stadt Berlin zu erfahren, welche Gründe sie veranlassen, den Richtlinien des Reichssiedlungskommissars zuwiderzuhandeln. Jedem wirtschaftlich denkenden Menschen muß es einleuchten, daß für Bauten dieser Art Holz der einzig in Frage kommende Baustoff sein kann.

Wirtschaftspolitiches

Der Krieg zwischen Gläubigern und Schuldnern

Die Reich-Kredit-Gesellschaft nimmt in ihrem Halbjahresbericht wiederum ausführlich Stellung zur Weltwirtschaftslage im allgemeinen und der deutschen Wirtschaft im besonderen. Ueber die Kreditverbundenheit zwischen den Staaten lassen wir nachstehenden Auszug ohne Kommentar folgen:

„Der Krieg, der im vergangenen Jahre zwischen Gläubigern und Schuldnern aller Art und in allen Ländern ausgebrochen ist, macht eine Belebung des Warenaustausches unmöglich, die stets die Folge der Anpassung gewesen ist. Die Völker der Welt und innerhalb eines jeden Volkes die einzelnen Wirtschaftseinheiten stehen sich unfätig gegenüber, lieber bereit, auf einen beträchtlichen Teil ihres Ruhestandes zu verzichten, als sich die Hände zu reichen und die Produkte, die sie ohne Mühe mit Hilfe der vorhandenen Einrichtungen erzeugen können, miteinander auszutauschen... Da die Wirtschaft eines jeden Landes und der Wohlstand der Welt auf Arbeitsteilung und Ergänzung aufgebaut ist, gibt es nur eine Möglichkeit, Gläubigern wie Schuldnern zu ihrem Recht zu verhelfen. — Die mutige Abkehr von der Politik „Rette sich, wer kann“, die Rückkehr zur Zusammenarbeit. Nur wenn neue Werte geschaffen werden, können sie übertragen werden.“

Gewerkschaftliches

Fritz Schulz, 25 Jahre Angestellter der Zimmerer-Krankenkasse

Am 21. Januar kann unser Kamerad Fritz Schulz auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Sitz Hamburg, zurückblicken. Der Jubilar ist am 16. November 1885 in Hannover der Kasse als Mitglied beigetreten und am 21. Januar 1907 angestellt worden. Am 1. August 1918 ist er als 1. Hauptkassierer unserer Berufskrankenkasse bestimmt worden. Diesen Posten bekleidet er heute noch. Unserem Verband gehört Fritz Schulz seit dem 8. Februar 1886 an. Der Jubilar ist von 1917 bis 1920 Bezirksführer der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg gewesen und beschäftigt sich noch heute gerne mit der Kleinarbeit der Partei. — Fritz Schulz erfreut sich heute noch einer ganz besonderen Frische, und wir wollen wünschen und hoffen, daß er noch lange im Interesse der Kasse und der Mitglieder tätig ist.

Die Arbeiterbank ist gesund!

Die Partei der Spalter, Stänker und Quertreiber, die SAP., hat in ihrem „wissenschaftlichen Organ“ kürzlich einen Artikel mit der Ueberschrift „Die Arbeiterbank gefährdet?“ veröffentlicht. Die Leitung der Arbeiterbank hat nunmehr den Vertretern der genannten Partei Gelegenheit gegeben, um sich von der Liquidität der Arbeiterbank zu überzeugen. In einer längeren Erklärung nimmt die SAP.-Zeitschrift ihre Behauptungen zurück. Die Erklärung schließt mit den folgenden Sätzen:

„Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. hat uns durch Vorlegung völlig beweiskräftiger Unterlagen davon überzeugt, daß die sämtlichen von uns in gutem Glauben gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprechen. Wir erkennen daher insbesondere an:

- a) daß die Arbeiterbank durchaus liquide und in keiner Weise gefährdet ist,
- b) daß sie mit der Garantie- und Akzeptbank keinerlei Verbindung hat noch auch gehabt hat,
- c) daß zwischen Direktion und Aufsichtsrat der Arbeiterbank eine Differenz oder gar ein offener Streit weder bestanden hat noch besteht,
- d) daß das Guthaben der Arbeiterbank bei der Firma Bett Simon & Co. noch nicht 6000 M beträgt.

Wir bedauern, einer falschen Information zum Opfer gefallen zu sein und erklären, daß uns unserer ganzen Einstellung nach nichts ferner gelegen hat als eine Schädigung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG.“

Das Tragen der Gewerkschafts-abzeichen ist nicht verboten

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, die das Tragen von Abzeichen oder einheitlicher Kleidung, durch die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung gekennzeichnet wird, außerhalb der eigenen Wohnung verbietet, hat Anlaß zu verschiedenen, sachlich jedoch nicht zutreffenden Ausführungen in der Tagespresse gegeben. Es wurde unter anderem der Tatbestand so dargestellt, daß für die Frage, wer im Sinne des oben angeführten Verbotes „politische Vereinigung“ sei, eine im Reichwehrministerium schon vor längerer Zeit aufgestellte Liste der politischen Vereine entscheidend sei. Nach dieser Liste gelten neben vielen anderen Organisationen auch sämtliche Gewerkschaften als politische Vereine. Diese für die besonderen Zwecke der Reichswehr aufgestellte Liste hat aber für das Verbot des Abzeichentragens keinerlei Bedeutung. Wenn auch das Reichsinnenministerium noch nicht öffentlich bekanntgegeben hat, was es im Sinne der angeführten Notverordnung unter „politischen Vereinigungen“ versteht, so sind doch die Polizeiverwaltungen der Länder — nur in Braunschweig soll noch eine gewisse Unklarheit bestehen — sich darüber im klaren, daß die Gewerkschaften, wie auch verschiedene andere

Organisationen, nicht als politische Vereinigungen gelten. Den Gewerkschaften ist auch von keiner Reichs- oder Landesbehörde mitgeteilt worden, daß sie im Sinne der erwähnten Notverordnung als politische Vereine angesehen werden. Das Verbot durch die Notverordnung betrifft demnach die Gewerkschaften nicht, dem Tragen gewerkschaftlicher Abzeichen steht nichts im Wege.

Arbeiterversicherung

Renten kürzung bei Wegeunfällen

Seit dem Jahre 1925 sind die Unfälle, die auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte eintreten, in die Unfallversicherung einbezogen. Der seinerzeit in die Reichsversicherungsordnung aufgenommene § 545 a lautet:

„Als Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betrieb (§ 544 Absatz 1) gilt der mit der Beschäftigung in diesem Betriebe zusammenhängende Weg nach und von der Arbeitsstätte.“

Ein sogenannter Wegeunfall wird somit wie ein bei der Arbeit eingetretener Unfall entschädigt, sofern er eine erhebliche — jetzt mindestens 20prozentige — Erwerbsbeschränkung nach sich zieht.

Die Berufsgenossenschaften haben in den letzten Jahren fortgesetzt gegen diese ihnen auferlegte Entschädigungspflicht angekämpft, mit dem Hinweis, daß ihnen dadurch sehr hohe Kosten entstehen. In der gleichen Richtung ist die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Denkschrift „Vorschläge zur Reform der Unfallversicherung“ vom Januar 1931 und auch der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften in seiner Eingabe vom 26. Oktober 1931 an den Reichsarbeitsminister vorgestoßen. Beide Stellen forderten die Streichung des § 545 a der Reichsversicherungsordnung und somit den Wegfall der Entschädigungspflicht bei Wegeunfällen.

Die Reichsregierung hat nunmehr dem Drängen der Unternehmerseite zwar nicht voll entsprochen, immerhin ihm doch stark nachgegeben. In der 10. Notverordnung vom 8. Dezember 1931, V. Teil, Kapitel 2, Abschnitt 1, sagt darüber der § 1:

„Hat bei der Entstehung eines Unfalles auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte ein Verschulden des Versicherten mitgewirkt, so kann der Schadenersatz ganz oder teilweise veragt werden.“

Den auf dem Wege nach oder von der Arbeitsstätte verunglückten Versicherten können daher künftig erhebliche Nachteile erwachsen, einmal, weil eine große Anzahl von Wegeunfällen schwer verläuft und somit die Betroffenen eine erhebliche Einbuße an ihrer Arbeitskraft erleiden, zum andern, weil, sofern ihnen ein Verschulden bei dem Unfall nachgewiesen werden kann, sie eine starke Kürzung der Rente befürchten müssen. Sie werden also in solchen Fällen doppelt hart getroffen.

Um nach Möglichkeit die eventuell zu erwartende Behauptung, es läge ein Verschulden des Verunglückten vor, zu entkräften, ist dringend anzuraten, sich bei Wegeunfällen Augenzeugen, wie Arbeitskollegen, Verkehrsschutzleute oder Straßenpassanten, zu sichern. Diese Zeugen werden in den meisten Fällen eine bessere Darstellung des Unfallherganges geben können als der Verunglückte selbst.

Die Berufsgenossenschaften haben vielfach schon in ihren Unfallverhütungsvorschriften Verhaltensmaßregeln zur Abwehr von Wegeunfällen aufgenommen. Sie bestimmen im allgemeinen, daß die behördlichen Verkehrsvorschriften zu beachten und eigene Verkehrsmittel wie Fahr- und Kraftfahrzeuge nur in betriebsicherem Zustand zu benutzen sind. Fahrzeuge sollen nicht eher bestiegen oder verlassen werden, bis sie vollkommen stillstehen. Auf Fahr- oder Kraftfahrzeugen sind Gegenstände nicht mitzunehmen, die die Bewegungsfreiheit und Sicherheit des Fahrers beeinträchtigen können.

Es liegt im Interesse eines jeden, sowohl die Vorschriften der Berufsgenossen-

Kameraden! Räumt endlich auf mit dem Faschisten-spuk! Alle Kraft für die soziale und wirtschaftliche Demokratie, für die demokratische Republik!

schaffen als auch die allgemeinen polizeilichen Verkehrsbestimmungen, ebenso die bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel — Straßenbahn, Omnibus — geltenden Betriebsvorschriften zu befolgen. Gleichzeitig müssen aber auch die Kameraden auf diese Notwendigkeit aufmerksam gemacht werden, um Wegeunfälle durch falsches Verhalten zu vermeiden. Die Unfallverhütungsvorschriften erstrecken sich aber nur auf das Verhalten der Versicherten selbst. Neben der Beobachtung größter Vorsicht zur Vermeidung von Wegeunfällen ist deshalb auch darauf zu achten, daß Autofahrer und Motorradfahrer hinreichend Rücksicht auf die übrigen Straßenbenutzer nehmen. Nur wenn alle Verkehrsdisziplin üben, besteht Aussicht, den infolge des starken Verkehrs noch im Steigen begriffenen Unfallgefahren auf Wegen und Straßen beizukommen.

Arbeitsrechtliches

Verkürzung der Arbeitszeit bei Notstandsarbeiten

An einer andern Stelle der vorliegenden Nummer verweisen wir schon auf ein Schreiben des Vorsitzenden des ADGB. an das Reichsarbeitsministerium, um endlich von der Ermächtigung — auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 —, die Arbeitszeit zu verkürzen, Gebrauch zu machen. Auch bei den Notstandsarbeiten ist bislang eine Arbeitszeit von 48 Stunden üblich gewesen. An eine Verkürzung der Arbeitszeit von seiten des Reichsarbeitsministeriums ist auch hier noch nie gedacht worden. Nun hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Rundschreiben an die Landesarbeits- und Arbeitsämter gerichtet, wonach die wöchentliche Arbeitszeit bei Notstandsarbeiten verkürzt werden sollte. In dem Schreiben wird betont, daß die Bestrebungen, eine Milderung der Arbeitslosigkeit durch Mehrereinstellung von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit in der Privatindustrie herbeizuführen, von der Reichsregierung nachdrücklich weiter verfolgt wird. Um so mehr muß diese Maßnahme auch bei den Notstandsarbeiten durchgeführt werden; damit kann einer größeren Zahl von Arbeitslosen vorübergehend Arbeit verschafft werden. In dem Schreiben werden die in Frage kommenden Stellen aufgefordert, darauf hinzuwirken, die Bewilligung der Grundförderung an die Bedingung zu knüpfen, daß sich die Parteien des Arbeitsvertrags zu der Kürzung der Arbeitszeit bereit finden. Wie die verkürzte Wochenarbeitszeit (40 Stunden) eingeteilt werden sollte, zum Beispiel auf 5 Tage verteilt oder in den 6 Werktagen die Arbeitszeit dementsprechend verkürzt, wird den einzelnen Landesarbeits- und Arbeitsämtern überlassen. Ein Hindernis für solche Vereinbarungen, so heißt es in dem Schreiben, besteht auch dort nicht, wo die Arbeitszeit durch Tarifvertrag geregelt ist. Es ist anerkanntes Recht, daß eine tariflich festgesetzte Arbeitszeit im Zweifel als Höchststundenzahl gilt, die zwar nicht überschritten, wohl aber in gegenseitigem Einvernehmen unterschritten werden kann.

Die Bestimmungen über verkürzte Arbeitszeit (40-Stunden-Woche) sollen auf alle neu zu bewilligenden Arbeiten sowie auf solche, die bereits unter diesem Gesichtspunkt bewilligt und begonnen sind, angewendet werden. Bei den übrigen im Gang befindlichen Notstandsarbeiten, die noch nach den alten Grundsätzen bewilligt worden sind, soll aber auch im Hinblick auf die sozialpolitischen Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung versucht werden, die 40-Stunden-Woche einzuführen. In diesen Fällen werden die Landesarbeitsämter ermächtigt, den Mehrausfall an Grundförderung bis zu 50 % des Unterschiedsbetrags den ausführenden Unternehmungen zu vergüten. Es ist zu hoffen, daß die Landesarbeits- und Arbeitsämter sehr bald von der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit

Gebrauch machen; denn auch dadurch könne ein großer Teil der Arbeitslosen, die für Notstandsarbeiten in Frage kommen, untergebracht werden.

Politische Wochenschau

Zur Reparationskonferenz — Um die Wahl des Reichspräsidenten — Aufhebung des Abzeichenverbots — Großwahltag am 8. Mai — Naziotische Bürokratie

In wenigen Tagen, am 25. Januar, wird in Lausanne die Reparationskonferenz beginnen. Nach den vorliegenden amtlichen Mitteilungen ist nur eine Tagung von kurzer Dauer geplant. Grundsätzlich soll nur ein Provisorium geschaffen werden, etwa in der Form, daß das Moratorium für Deutschland um eine bestimmte Frist verlängert wird. Die eigentliche Reparationskonferenz wird dann im Laufe des Sommers beginnen. Es waren in erster Linie politische Gründe, die bevorstehenden Wahlen in Frankreich und in Preußen, die Veranlassung zu einer Lösung der genannten Art gaben.

Der Versuch des Reichskanzlers, den Reichspräsidenten durch das Parlament wiederwählen zu lassen, ist an der Haltung der „nationalen Opposition“ gescheitert. Der große Hitler und der kleine Hugenberg haben sieben Tage gebraucht, um ihre ablehnende Stellungnahme darzulegen. Ob nun die Volkswahl Hindenburgs kommen wird? Für die Einleitung der Volkswahl gibt es nach Ansicht politischer Kreise zwei Möglichkeiten: erstens eine Initiative der Parteiführer. In dieser Richtung sind auch bereits Bemühungen im Gange. Ein zweiter Gedanke geht in der Richtung, daß die Wiederaufstellung Hindenburgs durch ein Gremium führender Persönlichkeiten des deutschen Volkes behandelt wird, die nicht in erster Linie ausschließlich Politiker sind. Es kämen also die Spitzen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der verschiedenen Berufsstände usw. in Frage, um den Charakter der Volkswahl und des Eintretens ohne Unterschied der Parteien und der Stände besonders deutlich zu dokumentieren. In unterrichteten Kreisen rechnet man darauf, daß der Reichspräsident sich einem solchen Ruf nicht entziehen würde. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Entwicklung sich überstürzt vollzieht.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Abzeichenverbots ergaben, sind außerordentlich groß gewesen. Nunmehr hat das Reichsinnenministerium zu dieser Frage Stellung genommen und beschlossen, daß künftig die kleinen Abzeichen wieder getragen werden dürfen. Das Uniformverbot bleibt jedoch von diesen Maßnahmen unberührt. Der Reichspräsident wird in Kürze eine entsprechende Verordnung unterzeichnen.

Außer in Preußen, dessen Parlament am 8. Mai neu gewählt werden dürfte, werden im Mai auch in Württemberg und in Anhalt Landtagswahlen stattfinden. Die württembergischen Landtagswahlen und die in Anhalt dürften ebenfalls am 8. Mai vorgenommen werden.

Vor einigen Tagen mußte der Lumpazi-nazi Sprenger, der Oberkommandierende der braunen Banditen in Hessen und Hessen-Nassau, wegen irgendeiner mulmigen Geschichte vor den Schranken des Frankfurter Gerichts erscheinen. Bei dieser Gelegenheit erklärte sein Anwalt, daß im Gaubüro der Nazioten rund 80 Angestellte beschäftigt werden. Rund 40 000 Mark Gehalt werden pro Monat für dieses Büro aufgewendet. Nun gibt es aber 20 dieser Gaubüros in Deutschland, die zum Teil noch mehr Angestellte beschäftigen. Man kann leicht ausrechnen, daß die Nazioten allein für die Gehälter ihrer großen und kleinen Bonzen monatlich rund 1 Million Mark aufwenden. Wo werden diese Geldmittel alle herfließen?

Briefkasten der Redaktion

Oranienburg. Es ist uns nicht möglich, Deine Fragen zu beantworten.

O. F., Kelsterbach. Leider entspricht es den Tatsachen, daß die Exzesse zwischen Polizei und den fremden Zimmergesellen in Frankfurt a. M. stattfanden. Die Frankfurter „Volksstimme“ vom 7. Januar hat ausführlich darüber berichtet.

Alter Kamerad. Zu den Sozialrentnern auf dem Gebiete der Invalidenversicherung gehören, wer mehr als zwei Drittel der Erwerbsfähigkeit verloren hat oder 65 Jahre alt ist. Nicht zu den Sozialrentnern gehören die nicht dauernd invaliden Bezieher von Invalidenrente, die unter § 1255 Absatz III RVO. fallen.

Korschen, E. G. Ruhegeld erhält der Versicherte, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder durch körperliche Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte zur Ausübung seines Berufes dauernd unfähig ist. Das Ruhegeld besteht aus einem Grundbetrag in Höhe der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung und aus Steigerungsbeträgen, die sich nach der Gehalts- und Beitragsklasse, in die Du eingestuft warst, sowie nach der Zahl der geleisteten Beiträge richten. Sollte der von Dir angeführte Fall eintreten, dann hat Deine Frau Anspruch auf Witwenpension, wenn sie das 65. Lebensjahr vollendet hat oder infolge Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd invalide ist.

Literarisches

Gewerkschafts-Archiv. Verlag Karl Zwing, Jena. In der Januar-Nummer des „Gewerkschafts-Archivs“ finden wir eine Reihe von keiner Sachkenntnis zeugenden Artikel über Gewerkschaftsfragen. Die Verfasser der Artikel, die Kritik an der gewerkschaftlichen Lohnstatistik und über Fragen des Tarifvertrages üben, beweisen, daß sie keinerlei Ahnung und Erfahrung auf dem Gebiete haben, das sie behandeln. Das legt immerhin Zeugnis ab von einem Mut, den wir bis jetzt nirgends feststellen konnten. Die Redaktion des „Gewerkschafts-Archivs“ sollte bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter etwas vorsichtiger sein. „Eiserne Front!“ In einer im Dietz-Verlag erschienenen Broschüre „Eiserne Front“ vereinigen sich Otto Wels, Karl Höltermann, Peter Graßmann und Fritz Wildung, um die Marschrichtung und das Angriffsziel der antifaschistischen Kampforganisation darzulegen. In knappen, kernigen Worten umreißt Otto Wels, der Parteivorsitzende, die politische Situation; Karl Höltermann, der geschäftsführende Bundesvorsitzende im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, faßt den Inhalt seiner Ausführungen in den Satz zusammen: „Heute rufen wir — morgen schlagen wir“; Peter Graßmann, Vorsitzender des ADGB., zeigt, was die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten von einem Sieg Hitlers zu erwarten haben; Fritz Wildung, der Führer der Arbeitersportler, legt namens seiner Organisationen das Treuebekenntnis zur Sache des demokratischen Sozialismus ab. Das Heft wird in der Aufbau- und Aufmarsch-Arbeit der Eisernen Front gute Dienste tun. Der Preis beträgt 15 Pf.

Rußland und der Sozialismus. Von Otto Mä-nchen-Helfen. Dietz-Verlag. Preis 20 Pf. Otto Mä-nchen-Helfen ist einer der besten Kenner der Wirtschaft Sowjet-Rußlands. Er behandelt in der vorliegenden Broschüre die Experimente der landwirtschaftlichen Kollektivierung und die In-

dustrialisierung. Auf den 30 Seiten der Broschüre bietet der Verfasser eine Fülle fesselnder Dinge. Wer ernsthaft die Problematik der russischen Entwicklung studieren will, kann an der Schrift Mä-nchen-Helfens nicht vorbeigehen.

Adolf Grimme: Das neue Volk — der neue Staat. Sieben Ansprachen. Verlag J. H. W. Dietz Nachfl., G. m. b. H., Berlin. Preis 20 Pf. Dem Ethos des neuen Staatsbegriffs hat kein verantwortlicher Staatsmann so packend und überzeugenden Ausdruck zu geben vermocht wie Adolf Grimme, Preußens Kultusminister. Es ist zu begrüßen, daß der Dietz-Verlag eine Auswahl der gleichermaßen durch Tiefe der Gedanken, wie durch Reife der Form ausgezeichneten Reden und Ansprachen Grimmes herausgebracht hat. Die Lektüre bedeutet Genuß und Gewinn. Dankenswert ist der billige Preis von 20 Pf., zu dem der rührige Partezentralverlag sie vorlegt.

Anzeigen

Sterbetafel

Berlin. Am 22. Dezember starb unser Kamerad **Arno Plessow** im Alter von 17 Jahren an Lungenembolie.

Bielefeld. Am 16. Dezember starb unser Kamerad **Fritz Bücker** im Alter von 70 Jahren an Herzschlag.

Dresden. Am 27. Dezember starb unser Kamerad **Willy Huschke** im Alter von 28 Jahren durch Freitod.

Erfurt. Am 2. Januar starb unser Kamerad **Emil Bittorf** im Alter von 73 Jahren an Altersschwäche.

Essen. Am 10. Januar starb unser Kamerad **Robert Schlegel** im Alter von 72 Jahren an Herzschlag.

Greiz. Am 10. Januar starb unser Kamerad **Paul Opitz** im Alter von 43 Jahren an Herzschlag.

Hamburg. Am 10. Januar starb unser Kamerad **Johann Bremer** im Alter von 74 Jahren an Herzschwäche. — Am 14. Januar starb unser Kamerad **Heinrich Duhn** im Alter von 63 Jahren an Magenkrebs.

Heilbronn. Am 4. Januar starb unser Kamerad **Josef Thalheimer** im Alter von 72 Jahren an Herzschlag.

Kitzingen. Am 12. Januar starb unser Kamerad **Georg Keller** im Alter von 62 Jahren an Herzschlag.

Oschatz. Am 7. Januar starb unser Kamerad **Otto Buchmann** im Alter von 62 Jahren an Arterienverkalkung.

Parchim. Am 14. Januar starb unser Kamerad **Gustav Janke** im Alter von 64 Jahren an Kehlkopfkrebs.

Stettin. Am 10. Januar starb unser Kamerad **Hermann Liebenow** im Alter von 82 Jahren an Altersschwäche.

Waren i. M. Am 13. Januar starb unser Kamerad **Heinrich Schlieckert** im Alter von 77 Jahren an Altersschwäche.

Westerland. Am 6. Januar starb unser Kamerad **Karl Skands** im Alter von 41 Jahren an Hirnhautentzündung.

Würzburg. Am 3. Januar starb unser Kamerad **Johann Hammer** im Alter von 44 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Braunsdweigt

Jeder Kamerad hat die Pflicht, am Sonntag, 24. Januar, von 10 bis 11 Uhr, zur Wahl zu gehen, die in Braunsdweigt, Wolfenbüttel, Wenden, Wendhausen und Wendezelle stattfindet. Der Vorstand.
[3,50 Mk]

Für die fachliche Fortbildung empfehlen wir die Sonderhefte des „Jung-Zimmermann“.

Wie ein Bau entsteht

F. mit 52 Abbildungen und Konstruktionszeichnungen sowie 2 großen Modellierbogen.

Der Holztreppebau.

Interessante, allgemeinverständliche Darstellung mit 36 Abbildungen.

Der Abbund zu einem kleinen Fachwerkgebäude.

Profil-, Latten- und rechnerische Schlfungen. Diese Sonder-schrift ist mit 55 Konstruktionszeichnungen ausgestattet. Außerdem sind 2 große Modellierbogen dem Werk beigegeben.

Der Abbund und die Abschiftung zu einem großen Dachstuhl.

Auch hier findet der fachlich Interessierte eine Fülle von Anregungen. Die Sonderschrift enthält 47 Abbildungen und Konstruktionszeichnungen.

Von den Erstlingsarbeiten der Jungkameraden.

Diese Schrift ist den Jungkameraden und nicht nur diesen, sondern allen fachlich interessierten Kreisen dringlich zu empfehlen. In 58 Abbildungen werden dem Anfänger die Grundzüge der Zimmerkunst vor Augen geführt.

Von der Sprengwerkswand zum freitragenden Holzbau.

Nicht nur der Anfänger, sondern auch der fortgeschrittene fachlich bereits vollkommene Zimmerer wird in dieser 72 Zeichnungen und Abbildungen enthaltenen Sonder-schrift eine Fülle von Anregungen finden.

Die genannten fachtechnischen Sonderschriften des „Jung-Zimmermann“ sind von unserm fachtechnischen Mitarbeiter, Zimmermeister Fritz Kreis, Lustnau-Tübingen, verfaßt. Sie sind Meisterwerke in der knappen, klaren volkstümlichen Darstellung. Druck und Einband sind vorzüglich. Der Preis für diese Sonderhefte beträgt nur 1 Mk. pro Heft. Bestellungen nimmt der Verlag des „Zimmerer“ entgegen.

MANN
UND
RAU

PREISABBAU!
Hygienische Artikel
Liste 14, frei und diskret
durch VOGELANG
Berlin/Bornburger Str. 14

Achtung!

Sich. Existenz
im Hause!
Gesucht

werd. ehrl. Pers.
zw. Errichtg.

**Maschinen-
Heimstrickerel.**

Geboten wird
lauf. Beschäftig-
t. uns zn hohen
Preisen. Ris. u.
Vorkenntnisse
nicht erf. ord.
Verl. Sie sof.
Gratisauskunft

F. J. Kerstian & Co.
Bin.-Halensee 385